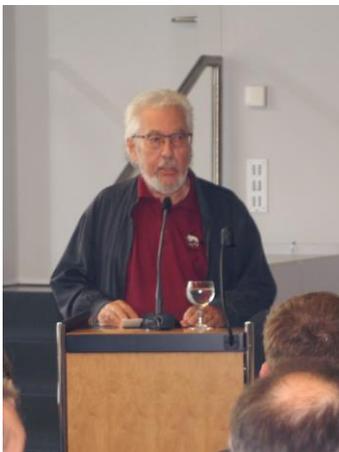


40 Jahre ALZ Ludwigsburg!

Eine gelungene Veranstaltung!

Am Freitag dem 29. September 2023 um 18 Uhr fand im kleinen Saal des Kulturzentrums Ludwigsburg unsere Jubiläumsveranstaltung zum 40ten Jahrestag des Arbeitslosenzentrums statt. Das Programm beinhaltete zwei Kurzreferate, eine Podiumsdiskussion zum Thema Arbeitslosigkeit trotz Fachkräftemangel und eine Tombola zu Gunsten des Zentrums. Neben dem Verkauf von Losen für die Tombola konnte gegen eine Spende auch die 40 Jahre Jubiläumsschrift erworben werden. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch den Liedermacher Hagen Klee.

Nach der Begrüßung durch den Geschäftsführer Bernd Steuer und der Einführung durch den Vorsitzenden Martin Zahner referierte Werner Hillenbrand, stellvertretender Vorsitzender und



Werner Hillenbrand

Bild: W.S.

Gründungsmitglied unter dem Thema „Ein Blick zurück“ zur Gründung, Entwicklung und Arbeit des Arbeitslosenzentrums in 40 Jahren.

Dabei konnte auch nicht verschwiegen werden, dass über 20 Jahre die Unterstützung des Zentrums und damit der Arbeitslosen, durch die Politik sehr mangelhaft war. So sind von den im Gemeinderat Ludwigs-



Teilnehmer*innen Podiumsdiskussion v.r. Thomas Class, Geschäftsführer Südwestmetall Ludwigsburg; Renate Schmetz, Erste Bürgermeisterin Stadt Ludwigsburg; Susanne Thomas, Geschäftsführerin IG Metall Ludwigsburg/Waiblingen; Thomas Stöhr, Leiter Jobcenter Landkreis Ludwigsburg.

Bild: W.S

burg acht vertretenen Parteien und Gruppierungen nur drei Mitglied des Vereins.

40 Jahre und kein Ende

Nach dem Rückblick sprach Paul Schobel katholischer Betriebsseelsorger im Ruhestand, zum Thema: „40 Jahre und kein Ende in Sicht.“ Nachfolgend seine Ansprache in Auszügen:

„Erwerbsarbeit hierzulande ist Arbeit im real existierenden Kapitalismus. Arbeit gehört zum Menschsein, ist Teil seiner Person, hat mit Wert, Würde und gelingendem Leben zu tun. Und kaum jemand, der sich nicht über Erwerbsarbeit ein-

Weiter nächste Seite

Pressegespräch zu 40 Jahre ALZ!

Aus Anlass des 40jährigen Jubiläum des Vereins „Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg e. V. hatten wir zu einem Pressegespräch eingeladen. Dieses Gespräch fand am Montag dem 25. September 2023 im Sitzungszimmer des Zentrums statt. Teilnehmer des Vorstandes waren Martin Zahner, Werner Hillenbrand, Bernd Steuer und Anne Jeziorski. Von den Zeitungen waren die Stuttgarter Zeitung, die Stuttgarter Nachrichten und die Bietigheimer Zeitung vertreten.

Leider glänzte die örtliche Zeitung, die Ludwigsburger Kreiszeitung durch Abwesenheit. Es gab auch keine Erklärung für das Fehlen, wie es zum Beispiel die Redaktion des Wochenblattes getan hatte. Für die Redaktion der Ludwigsburger Kreiszeitung war das 40jährige Bestehen des Arbeitslosenzentrums nicht von Bedeutung. Der bekannt konservativen Zeitung sind die Arbeitslosen völlig egal. Das zeigt auch seit vielen Jahren die Weigerung, trotz mehrmaliger Anfrage dem Zentrum die Zeitung kostenlos zu Verfügung zu stellen. Im Gegensatz dazu erhält das Zentrum seit vielen Jahren die Stuttgarter Zeitung kostenlos. Da Arbeitslose ein Zeitungs-ABO, in der Regel, nicht bezahlen können ist es wichtig, dass die Betroffenen auf Stellenausschreibungen in den Zeitungen reagieren können. Das ist für die Kreiszeitung nicht von Interesse, dafür wird mit Bild von völlig unwichtigen Vorgängen wie der Taufe einer Rose durch Silvia von Schweden auf der Insel Mainau, oder mit fast einer Seite über eine Frau die zwei Zwergesel besitzt, berichtet.

kommen sichern und seinen Beitrag zum Gesamt einer Gesellschaft einbringen möchte. Daher steht Arbeit niemals mit Kapital auf der derselben Ebene. Dass ausgerechnet das Kapital aus der Wertschöpfung durch Arbeit geronnen, das Kommando übernimmt, ist ein Skandal.

Kapitalinteresse, Kapitallogik entscheiden über Investitionen. Die Arbeit ist so gut wie nicht beteiligt. Sie stöhnt unter der Knute reiner ökonomischer Verwertbarkeit.



Paul Schobel, katholischer Betriebsseelsorger i.R.

Da bleiben viele auf der Strecke: Alte Menschen zum Beispiel, denn Altwerden ist nicht einprogrammiert. Krank, behindert, eingeschränkt zu sein passt gleich gar nicht ins Gefüge. Und wer nicht die nötigen Vorkenntnisse mitbringt, taugt allenfalls als Schlusslicht in den Wertschöpfungsketten. Noch immer gilt das kapitalistische Idealbild der modernen Arbeitskraft: „Jung, männlich, gut ausgebildet, ungebunden und hoch mobil“. Das bekannte Bild des Olympioniken. Solange dieses Menschenbild vorherrscht, kann es keine Vollbeschäftigung im eigentlichen Sinne geben.

Daher rechne ich dem „Arbeitslosenzentrum“ hoch an, dass Ihr in 40 Jahren denen offenes Ohr, offenes Herz und offene Tür angeboten habt und anbietet, die da im „Wettlauf der Besessenen“ nicht mithalten können, die es – wie aus einer rasenden Zentrifuge – ins Abseits der Erwerbslosigkeit hinausgeschleudert hat. Dass Ihr Erwerbslosen Hilfe leistet, ihnen beisteht, jedem Betroffenen in

die Augen schaut und ihm so Ansehen und Würde vermittelt, dass Ihr ihnen Stimme verleiht und diese Stimmen hörbar macht, unüberhörbar macht in Gesellschaft und Öffentlichkeit, das ist Euer Verdienst. Daher Dank, Anerkennung den Haupt- und Ehrenamtlichen. Ohne Euch würden noch mehr erwerbslose Menschen einfach im „Niemandland“ verschwinden, Materiell ein wenig ausgehalten zwar, aber eigentlich abgeschrieben.

Erwerbslose scheiden aus als „Produzenten“, denn man hat ihnen die Arbeit aus der Hand geschlagen. Sie scheiden aber auch aus als „Konsumenten“, denn das „Bürgergeld“ ist immer noch nicht arbeitsfest. Erwerbslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslosigkeit richtet in den Seelen der Betroffenen verheerende und oft bleibende Schäden an. Das Gefühl, zu nichts mehr gebraucht zu werden, diesem Laden nur noch zur Last zu fallen, zermürbt das Selbstwertgefühl.

Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto mehr kommt es zu Selbstvorwürfen. Da haben manche durch einen Konkurs ihre Arbeit verloren und glauben am Ende, ihre Arbeitslosigkeit selbst verschuldet zu haben. Angesichts scheinbarer Vollbeschäftigung ist Arbeitslosigkeit noch schwerer auszuhalten. Nun trifft das bekannte Vor-Urteil mitten ins Herz: „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit!“

„Ich stehe morgens am Fenster und sehe die Autos auf den Straßen. Oft mürrische Gesichter hinter den Scheiben. Die Menschen wissen nicht, wie glücklich sie sind: Sie haben Arbeit. Auch der Bauer, der auf seinem Traktor auf den Acker tuckert. Nur ich weiß nicht, wohin ich soll, ich habe keine Arbeit“.

Originalton einer arbeitslosen Frau, die mir diese Zeilen vor Jahren voller Bitterkeit geschrieben hat.



Aufmerksame Zuhörer*Innen bei der Rede von Paul Schobel

Bild: W.S.

Sie warte nun auf das Klappern des Briefkasten-Deckels, fährt sie fort, um dann die nächsten Absagen herauszuziehen. Auch Ihr habt hier im Arbeitslosenzentrum schon erlebt, dass manche ihre Post nicht mehr öffnen, oder zu Euch herkommen mit der Bitte, dies für sie zu tun.

Arbeitslosenberatung ist Schwerstarbeit. Weil man ständig auf Grenzen stößt. Grenzen im Arbeitsmarkt, Grenzen bei den Betroffenen, die oft in

Weiter nächste Seite

sich zusammensinken wie ein Häufchen Elend, ihren Frust ausleiden und ausstreiten in den Innenräumen ihrer Beziehungen, weil sie die Verursacher ihrer Not nicht zu fassen kriegen. Die sich manchmal hängen lassen und einfach ihren Part in der Partitur nicht spielen wollen oder können. Schwerstarbeit. Und doch ist Arbeitslosenberatung nicht nur Mühe und Schweiß oder nur Enttäuschung. Sie bedeutet ein Geben und Nehmen. Ich möchte nicht missen, was ich an Mut und Zuversicht, an Dank und Anerkennung, an Freundschaft und Vertrauen von erwerblosen Menschen zugespielt bekam.

Dank und Anerkennung daher all denen, die dieses große Werk damals aus der Taufe hoben und all denen, die über all die Jahre hinweg aktiv waren



Musikalische Umrahmung durch Hagen Klee, Liedermacher Bild: W.H.

oder geblieben sind. Was Ihr an Trost aufgeboten, wie viel Menschen Ihr aufgerichtet, getragen oder einfach nur begleitet habt, lässt sich nicht ermes- sen. Von Herzen wünsche ich Euch Mut, Tatkraft und jede Menge Phantasie, den Weg konsequent an der Seite der Betroffenen weiterzugehen.

Wo der Markt versagt und keine Vollbeschäftigung mehr zustande bringt, ist es „Sache der Gesellschaft, dass alle Menschen ausreichend Gelegenheit zur Arbeit finden“ sagte im letzten Jahr- hundert das „Zweite Vatikanische Konzil“. Und beide Kirchen in Deutschland haben 1990 nach- gelegt mit der provozierenden Feststellung: „Ar- beitslosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal, dem Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hilflos ausgesetzt wären“ Politikversagen also.

Wir stehen vor neuen Herausforderungen:

- Wie gehen wir damit um, wenn sich an- gesichts weltweiter zerstörerischer Politik die „Märkte“ nicht mehr erholen und wir in Rezession oder gar Depression versinken? Ich bin kein Unglücksprophet, aber trage diese Angst im Herzen.
- Was, wenn absurde Kriege kostbare Res- sourcen verschleudern und die Menschheit sich nun zu Tode rüstet? Wenn wir welt- weit über 9 Billionen US-Dollars jedes Jahr in den Tod, statt in Arbeit und Leben inves- tieren? Rüstung ist totes Kapital.
- Wenn in den Finanz-Casinos die Kapital- märkte wieder crashen?

- Oder wenn die KI mehr Erwerbsarbeit zu- nichtemacht als sie schaffen kann?
- Was, wenn die Energiemangel weiterhin die Preise durch die Decke treibt?
- Und die eigentliche Zitterpartie: Was, wen das Klima vollends kippt und Klima- Flüchtlinge überrollen?

Dann ist die Arbeit – nach Markt-Logik organi- siert – am Ende, dann muss politisch gehandelt werden, um gesellschaftlich und ökologisch not- wendige Arbeit zu schaffen: In den personnahen Dienstleistungen in Pflege, nachbarschaftlichen Netzen, im Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft und einer lebenswerten Gesellschaft. Dann müssen endlich auch „Ehrenamt“, d. h. gesellschaftliche Engagement, Care-Arbeit, Erziehung, Altenarbeit usw. in Erwerbsarbeit einbezogen und ihr wenig- stens gleichgestellt werden – im Blick auf Vergü- tung und vor allem soziale Sicherheit. Wir werden lernen müssen, neu und anders zu arbeiten und auch neu und anders zu wirtschaften.

Jubiläumsschrift

Mit einem Vorwort von Dr. Mathias Knecht, Oberbür- germeister Ludwigsburg und Dietmar Allgaier, Landrat Ludwigsburg.

40 Jahre Arbeitslosenzentrum
Ludwigsburg e.V.
1983 - 2023



Arbeitslosigkeit und kein Ende

Es gibt eine Gute und eine schlechte Nachricht.
Die Gute: Es gibt uns noch!
Die Schlechte: Wir sind noch immer notwendig!



JUBILÄUMSSCHRIFT



Die Schrift mit 350 Seiten wurde von der Bürgerstiftung Ludwigsburg gesponsert und ist gegen eine Spende im Arbeitslosenzentrum zu erhalten.

Podiumsdiskussion

Nach den sehr kritischen Worten zur Lage der Arbeitslosen, durch Paul Schobel fand eine Podiumsdiskussion mit dem provozierenden Thema, „Arbeitslosigkeit trotz Fachkräftemangel,“ statt.

Teilnehmer*innen auf dem Podium waren: Herr Thomas Class, Geschäftsführer Südwestmetall Ludwigsburg, Frau Renate Schmetz, Erste Bürgermeisterin der Stadt Ludwigsburg, Herr Thomas Stöhr, Leiter des Jobcenters Landkreis Ludwigsburg, Frau Susanne Thomas, Geschäftsführerin der IG Metall Ludwigsburg/Waiblingen und Herr Martin Zahner, Vorsitzender des Arbeitslosenzentrums Ludwigsburg e.V.



Podiumsdiskussion Teilnehmer*Innen: v.l.n.r. Moderation: Martina Wörner, Leiterin Volkshochschule Ludwigsburg; Thomas Class, Geschäftsführer Südwestmetall Ludwigsburg; Martin Zahner, Vorsitzender Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg e.V.; Renate Schmetz, Erste Bürgermeisterin Stadt Ludwigsburg; Thomas Stöhr, Leiter Jobcenter Landkreis Ludwigsburg; Susanne Thomas, Geschäftsführerin IG Metall Ludwigsburg/WN

Bild: W.S.



Bild: W.S.

Moderiert wurde die Diskussion von Frau Martina Wörner, Leiterin der Volkshochschule Ludwigsburg.

Aus der Diskussion war zu entnehmen, dass es mehrere Faktoren für die relativ hohe Arbeitslosenzahl und den Mangel an Fachkräften gibt. Da ist die geringe Qualifikation vieler, besonders Langzeitarbeitslosen. Als weiteres

verhindern auch gesundheitliche und psychische Einschränkungen die Möglichkeit der Beschäftigung. Ein wichtiger Grund ist aber auch das Verhalten der Arbeitgeber, das mit Recht kritisiert wurde. So werden die Möglichkeit der innerbetrieblicher Qualifikation wenig angeboten. Es bestehen auch Vorbehalte gegenüber Langzeitarbeitslosen, die auf Grund ihrer Dauer in der Arbeitslosigkeit nicht eingestellt werden.

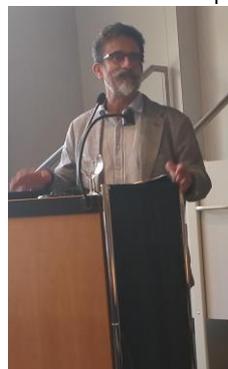
Spendentombola

In der Jubiläumsveranstaltung wurde die Jubiläumsschrift gegen eine Spende angeboten und es fand eine Spendentombola zu Gunsten des Arbeitslosenzentrums statt.



Spendentombola

Bild: W.H.



ALZ-Vorsitzender Martin Zahner bei seiner Begrüßung

Bild: W.S.

40 Jahre Solidarität
1983 – 2023



Arbeitslosenzentrum
Ludwigsburg e.V.



Öffentliche Veranstaltung zum 40-jährigen Bestehen
des Arbeitslosenzentrums Ludwigsburg e.V.

Freitag, 29. September 2023, 18:00 Uhr,

Kulturzentrum Ludwigsburg, Wilhelmstr. 9/1, kleiner Saal

Programm:

- Kurzreferat Werner Hillenbrand, stellvertretender Vorsitzender und Gründungsmitglied des Arbeitslosenzentrums „Ein Blick zurück“
- Kurzreferat Paul Schobel, katholischer Betriebsseelsorger i.R. „40 Jahre und kein Ende in Sicht“
- Podiumsdiskussion „Arbeitslosigkeit trotz Fachkräftemangel“ Teilnehmer*innen: Thomas Class, Geschäftsführer Südwestmetall Ludwigsburg Renate Schmetz, Erste Bürgermeisterin Stadt Ludwigsburg Thomas Stöhr, Leiter Jobcenter Landkreis Ludwigsburg Susanne Thomas, Geschäftsführerin IG Metall Ludwigsburg/WN Martin Zahner, Vorsitzender Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg e.V. Moderation: Martina Wörner, Leiterin Volkshochschule Ludwigsburg
- Musikalische Begleitung: Hagen Klee, Liedermacher
- Spendentombola zu Gunsten des Arbeitslosenzentrums



Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg e.V., Hoferstr. 8, 71636 Ludwigsburg
07141 991232 – www.alz-ludwigsburg.de
Unabhängig, Gemeinnützig.
Kostenlose Unterstützung und Beratung für arbeitslose und von
Erwerbslosigkeit bedrohte Menschen

Einladung zur Jubiläarveranstaltung

Nachfolgende Information haben die Redaktionen der Zeitung mit der Einladung zum Pressegespräch erhalten.

Information zum Pressegespräch am 25. 09. 2023 zum 40-jähriges Bestehen des Arbeitslosenzentrums Ludwigsburg e.V.

Vor 40 Jahren, im September 1983, wurde das Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg (ALZ) als gemeinnütziger, unabhängiger Verein gegründet. Trotzdem wir in der wirtschaftlich starken und reichen Region Ludwigsburg, mit einer relativ geringen Arbeitslosenquote von 3,7 % (Stand August 2023) leben, wird das kostenlose Beratungs- und Unterstützungsangebot des ALZ für erwerbslose Menschen, insbesondere Langzeitarbeitslose, auch heute noch intensiv in Anspruch genommen.



Informationsstand des ALZ am 1. Mai 2008

Bild: WH

Im letzten Jahr 2022 wurden vom ALZ insgesamt 1.344 Menschen beraten im Büro in Ludwigsburg in der Hoferstr. 8 (68 %), am Telefon (23 %) oder per E-Mail (9 %). 53 % der Personen waren männlich und 47 % weiblich. Hauptschwerpunkte der Beratungen waren inhaltlich Themen der Menschen, die auf Leistungen der Grundsicherung nach dem zweiten Buch Sozialgesetzbuch – SGB II – angewiesen sind (das ehemalige „Hartz-IV“ – nun „Bürgergeld“), also Langzeitarbeitslose. Weiterer Schwerpunkt waren Themen von Personen, die das Arbeitslosengeld aus der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung nach dem dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) bekommen.

Die kostenlose Beratung und Unterstützung bezieht sich auf Hilfestellung beim Ausfüllen von Anträgen und Formularen, Prüfungen von Leistungsbescheiden, Hilfe sowie Klärung von Fragen zum Arbeitslosen- sowie Bürgergeld, Begleitung zu Termin beim Jobcenter und in der Agentur für Arbeit, Erstellung von Bewerbungsunterlagen und vieles mehr. Geleistet wird dies durch eine hauptamtlich beschäftigte Sozialberaterin und ehrenamtliche Unterstützung. Das kostenlose Beratungs- und Unterstützungsangebot ist nur möglich, weil zum einen die Landesregierung von Baden-Württemberg eine jährliche Förderung (zweckgebunden für Personalkosten) leistet. Und zum anderen gibt es von

der Stadt Ludwigsburg einen Mietkostenzuschuss für die Beratungsbüroräume. Dafür ist der ALZ sehr dankbar, denn es muss als kleiner Verein existieren, hinter dem kein großer Wohlfahrtsverband oder Sozialträger steht, wie bei vergleichbaren Arbeitslosenberatungszentren im Land. Außer den Mitteln der Landesregierung und Stadt Ludwigsburg lebt das ALZ von Spenden und Mitgliedsbeiträgen.

Auch nach 40 Jahren wird die kostenlose Beratungs- und



Beratung durch unsere Sozialberaterin

Bild: WH

Unterstützung durch das ALZ von erwerbslosen Menschen, insbesondere Langzeitarbeitslosen, immer noch intensiv in Anspruch genommen. Bei Terminen für Beratungen im ALZ besteht eine Wartezeit von mindestens einer Woche. Dabei beziehen sich immer mehr Probleme der Betroffenen auch auf die Bereiche der Gesundheit, Suche nach bezahlbarem Wohnraum und Schulden.

Weitere Informationen sind auf der Internetseite des ALZ zu finden: www.alzludwigsburg.de

Rentenversicherungsberatung beendet – Dank an Dieter Gunst

Ein zusätzliches Angebot des Arbeitslosenzentrums Ludwigsburg war die Beratung zu allen Themen und Fragen rund um die gesetzliche Rente. Der Versichertenberater der Deutschen Rentenversicherung, Herr Dieter Gunst, gab dazu fachkundige Auskunft.

Ein wichtiger Bereich war die sogenannte Kontenklärung, bei der überprüft wird, ob die erforderlichen Nachweise über die verschiedenen Zeiten vorliegen, die für die spätere Rentenzahlung von Bedeutung sind. Der Versichertenberater Gunst konnte dazu die erforderlichen Formulare und Fotokopien für die Vorlage bei der Deutschen Rentenversicherung beglaubigen. Außerdem konnten bei ihm auch Rentenanträge gestellt werden.

Dieser Service durch den Versichertenberater war kostenlos und fand in den Räumen des Arbeitslosenzentrums Ludwigsburg, statt. Leider kann diese Beratung ab Januar 2024 nicht mehr angeboten werden.

Wir danken Dieter für diese langjährige Unterstützung des Zentrums und der Arbeitslosen.

Der Vorstand

40 Jahre Hilfe für Arbeitslose

Eines der ältesten und unabhängigen Arbeitslosentreffs, ist für die Ludwigsburger Kreiszeitung keine Zeile wert!

Die nachfolgende Einladung zu unserem Pressegespräch anlässlich unserer 40 Jahr Veranstaltung am 29. September ging an alle Zeitungen und Wochenblätter im Kreis Ludwigsburg. Die Einladung erfolgte per Mail am Montag 18. September 2023 um 13:47 Uhr. Der Betreff war: 40-jähriges Bestehen des Arbeitslosenzentrums Ludwigsburg e.V. – Einladung zum Pressegespräch am 25.09.2023

Sehr geehrte Redaktion, vor 40 Jahren, im September 1983, wurde das Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg als gemeinnütziger, unabhängiger Verein gegründet. Für uns ein Grund zurückzuschauen, aber auch zu hinterfragen, warum unser kostenloses Beratungs- und Unterstützungsangebot für erwerbslose Menschen, insbesondere Langzeitarbeitslose, immer noch so intensiv in Anspruch genommen wird.

Aus diesem Anlass laden wir Sie

herzlich ein zu einem Pressegespräch am Montag, 25. September 2023, von 10 bis 11 Uhr, in unser Arbeitslosenzentrum in der Hoferstr. 8 in Ludwigsburg. Weiteres können Sie der beigefügten Information und dem Flyer zu unserer öffentlichen Veranstaltung zum 40-jährigen Bestehen des Arbeitslosenzentrum am 29.09.2023 entnehmen.

Bitte geben uns eine Rückmeldung, ob Sie an dem Pressegespräch am 25.09.2023 teilnehmen werden Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen, Martin Zahner Vorsitzender, Bernd Steuer Geschäftsführer.

Weiter nächste Seite

ALZ feiert 40-jähriges Jubiläum

Ludwigsburger Wochenblatt 28.09.2023

1983 wurde das Arbeitslosenzentrum (ALZ) in Ludwigsburg gegründet, um unabhängig, gemeinnützig und kostenlos arbeitlose und von Erwerbslosigkeit bedrohte Menschen zu unterstützen und beraten. Jetzt feiert das ALZ Jubiläum.

Ludwigsburg: Die öffentliche Veranstaltung zum 40-jährigen Bestehen findet am Freitag, 29. September, um 18 Uhr im kleinen Saal des Kulturzentrums, Wilhelmstraße 9/1 statt.

Werner Hillenbrand, stellvertretender Vorsitzender und Gründungsmitglied des ALZ hält das Kurzreferat „Ein Blick zurück“. Der katholische Betriebsseel-



Seit 40 Jahren gibt es das Arbeitslosenzentrum in Ludwigsburg. Foto: ALZ Ludwigsburg

schaftsführerin IG Metall Ludwigsburg/ Waiblingen sowie Martin Zahner, Vorsitzender des ALZ Ludwigsburg.

Die Moderation hat Martina Wörner, Leiterin der Volkshochschule Ludwigsburg. Für die musikalische Begleitung sorgt der Liedermacher Hagen Klee. Außerdem findet eine Spendentombola zugunsten des ALZ statt.

INFO

Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg e.V.
Hoferstraße 8
71636 Ludwigsburg
Tel.: (07141) 901232
www.alzludwigsburg.de
alzludwigsburg@t-online.de

sorger im Ruhestand, Paul Schobel, lädt zum Kurzreferat „40 Jahre und kein Ende in Sicht“ ein.

Anschließend gibt es eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Arbeitslosigkeit trotz Fachkräftemangel“. Teilnehmende an dieser

Diskussion sind Thomas Class, Geschäftsführer Südwestmetall Ludwigsburg, Renate Schmetz, Erste Bürgermeisterin der Stadt Ludwigsburg, Thomas Stöhr, Leiter des Jobcenters des Landkreises Ludwigsburg, Susanne Thomas, Ge-

Jubiläumswunsch: Nicht mehr gebraucht zu werden

Das Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg wird 40 Jahre alt. Das wird gefeiert – obwohl es allen lieber wäre, wenn man überflüssig würde.

Von Sabine Armbruster

Unsere Utopie ist, dass wir uns irgendwann selbst abschaffen. Aber das wird wohl nicht so bald geschehen.“ Werner Hillenbrand, der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitslosenzentrums in der Ludwigsburger Hoferstraße, macht sich keine Illusionen. Vor 40 Jahren, als die Arbeitslosenzahlen immer weiter stiegen, hat er den Verein mit gegründet – und seither viele frustrierende Erfahrungen mit den Behörden gesammelt. Wobei, wie er einräumt, deren Mitarbeiter auch nur das tun, was ihnen gesetzlich vorgeschrieben ist.

Oberflächlich betrachtet, sehen die Arbeitslosenzahlen im Landkreis Ludwigsburg gut aus: 3,7 Prozent wurden für den Mo-

BERATUNGSZENTREN IM LAND

Förderung Insgesamt zwölf Arbeitslosenberatungszentren gibt es in Baden-Württemberg, die meisten unter dem Dach von Diakonie und Caritas. Seit 2012 fördert auch das Land die Zentren mit einem Personalkostenzuschuss, der schon auf der Kippe stand.

Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg Anders als andere ist der Verein unabhängig. Der Anstoß zur Gründung kam von Gewerkschaften und der katholischen Betriebsseelsorge mit Arbeitslosentreffs. Durch die Unabhängigkeit will man mögliche Schwellenängste verhindern. sar

nat August vermeldet. Doch während die Arbeitslosenzahlen gesunken seien, bleibe der Sockel an Langzeitarbeitslosen – hierzu zählen alle, die länger als ein Jahr ohne Arbeit sind – trotz guter Wirtschaftsdaten nahezu gleich, sagt der ehrenamtliche Geschäftsführer des Vereins, Bernd Steuer. Und Langzeitarbeitslosigkeit sei ein Teufelskreis. „Je länger man ohne Beschäftigung ist, desto stärker wird auch die Psyche belastet. Vor allem, wenn dann auch noch überall von Fachkräftemangel zu hören ist und man selbst nicht gebraucht wird.“

Dabei sei der Fachkräftemangel oftmals selbst verschuldet. Zum einen habe man über Jahrzehnte hinweg zu schlecht ausgebildet, meint Steuer. Und: „Die Arbeitgeber sind extrem „schlechtig.“ Andererseits, das sei ihm durchaus bewusst, fehle es bei den potenziellen Arbeitnehmern oft nicht nur an der passenden Qualifikation, sondern durch Langzeitarbeitslosigkeit und die dadurch fehlende Tagesstruktur seien auch Eigenschaften wie Zuverlässigkeit, Beständigkeit und Pünktlichkeit verloren gegangen, die sogenannten weiche Qualifikationen.

Insofern bedauert es der Vereinsgeschäftsführer, dass es die Ein-Euro-Jobs nicht mehr gibt: „Die haben dem Tag Struktur gegeben. Und ohne die ist der Wiedereinstieg ins Arbeitsleben für Langzeitarbeitslose praktisch nicht möglich.“

Auch die Qualifikation ihrer Klientel, die zu 80 Prozent einen Migrationshintergrund hat, zu verbessern, war lange Zeit Aufgabe



Von den Zeitungen waren die Stuttgarter Zeitung und die Stuttgarter Nachrichten, vertreten durch eine Journalistin, sowie die Bietigheimer Zeitung vertreten. Die Redaktion des Wochenblattes hatte sich aus Zeitgründen entschuldigt, aber trotzdem einen Artikel veröffentlicht.

Ausgerechnet die lokale Zeitung, die Ludwigsburger Kreiszeitung (LKZ) hat sich weder entschuldigt, noch einen Artikel aus der Presseinformation noch einen zur Veranstaltung gebracht. Selbstverständlich fehlte die LKZ auch bei der Veranstaltung am 29. September. Es ist offensichtlich, dass der LKZ die Arbeitslosen und die Ehrenamtlichen, die seit 40 Jahren Hilfe für die Ärmsten in unserer Gesellschaft leisten, keine Zeile wert sind!

Koch-Workshop wenig Interesse

Unter dem Thema: „Ein Küchenheld mit wenig Geld“ sollte am 13. September 2023 eine Veranstaltung des ALZ in Zusammenarbeit mit dem „Ernährungszentrum Mittlerer Neckar“ des Landratsamtes Ludwigsburg einen Koch-Workshop im Ernährungszentrum stattfinden.



**Ernährungszentrum
Mittlerer Neckar**

Landratsamt Ludwigsburg

Im Workshop sollte folgendes vermittelt werden: Wie kann man schmackhafte, gesunde und gleichzeitig preiswerte Gerichte im Handumdrehen zaubern. Dabei sollte regionale und saisonale Lebensmittel für verschiedene Speisen zum Einsatz kommen. Anschließend war vorgesehen, die Speisen gemeinsam zu verkosten und die Teilnehmer hätten alle Rezepte zum Nachkochen für Zuhause mitbekommen.

Leider wurde aus dem Workshop nichts, da mangels Teilnehmer/Innen die Veranstaltung abgesagt werden musste.

Dank und Anerkennung

In Institutionen die sich für die Rechte von Menschen einsetzen, z. B. bei Gewerkschaften oder Arbeitslosenzentren, gibt es folgenden sarkastischen Spruch: „Dank und Anerkennung befindet sich immer in der Emigration!“

Deshalb ist es besonders erfreulich wenn doch einmal ein Dank ausgesprochen wird. So geschehen durch eine Beschäftigte des Jobcenters Ludwigsburg.

Die Mitarbeiterin bat für einen Klienten um unsere Unterstützung, weil sie keine Anträge ausfüllen darf. Es ging um einen Antrag für eine Berufsunfähigkeitsrente (BU).



Wir haben den Klienten dabei unterstützt, damit Leistungen nach dem SGB II solange weiterbewilligt werden, bis die BU-Rente durch geht.

Die Mitarbeiterin des Jobcenters hat darauf geschrieben:

Vielen Dank noch einmal. Sie sind Super, machen sehr gute Arbeit. Ich danke Ihnen auch für die gute Zusammenarbeit.

Viele Grüße

Mit freundlichen Grüßen

(Name der Mitarbeiterin des JC's ist uns bekannt)

Sie hat sich nicht das erste Mal bei uns bedankt. Wir respektieren uns gegenseitig. Auch ihr Mann war als Übersetzer bei uns mit einem Klienten des Jobcenters.

Polizei gegen DGB!

Dass es Faschisten in der Polizei gibt, kann niemand mehr bestreiten. Das ist auch nicht das Problem, denn Faschisten gibt es in allen gesellschaftlichen Institutionen. Das Problem ist, dass die Verantwortlichen die Polizeigewalt decken. Das belegen mehrere Vorgänge.

So haben die Polizeiverantwortlichen in Baden-Württemberg, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, eine entsprechende Untersuchung abgelehnt. Allein diese Tatsache belegt, dass es rechtslastige Umtriebe in der Baden-Württembergischen Polizei gibt, denn wer nichts zu verbergen hat, braucht eine Untersuchung nicht scheuen!



Ein weiteres Beispiel für rechtslastige Umtriebe in der Polizei zeigen Vorgänge gegen den DGB in Stuttgart. Am ersten Mai 2023 hat die Polizei einen Einsatz veranstaltet, so als ob der DGB ein Verfassungsfeind sei. Der ver.di-Bezirk Stuttgart stellte sich die Frage, welches Konzept und welche Strategie die Stuttgarter Polizei mit einem solchem Aufmarsch an Einsatzkräften bezweckt. Pferdestaffel, Hundestaffel, Drohnen und verschiedene Einsatzteams legten die Vermutung nahe, dass man hier Stärke und Einschüchterung demonstrieren wollte. Das war eine massive Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit.

Bei sogenannten Querdenker-Demonstrationen hat die Polizei sehr zurückhaltender agiert. Da zeigt sich, gleich und gleich gesellt sich gern! Deshalb fordert der ver.di-Bezirk Stuttgart die politisch Verantwortlichen auf, die Frage und die Einsatzziele der polizeilichen Ordnungskräfte am 1. Mai vollständig aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Vermutlich wird das nicht erfolgen.

Was bringt die Wohngeldreform?

Das Wohngeld-Plus-Gesetz ist zum 1. Januar 2023 in Kraft getreten. Positiv hervorzuheben ist die Stärkung und Ausweitung des Wohngeldes. Statt bislang 600.000 Haushalte sollen nach der Reform zwei Millionen Haushalte Anspruch auf Wohngeld haben. In der Regel können zum Mindestlohn Beschäftigte und Rentner/innen mit vergleichbarem Einkommen mit einem Wohnkostenzuschuss rechnen. Zudem soll sich der durchschnittliche Wohngeldbezug von bislang 180 Euro pro Monat mehr als verdoppeln. Dies liegt in erster Linie daran, dass die gestiegenen Heizkosten in der Wohngeldberechnung berücksichtigt werden.

Der Anspruch ist stets individuell zu prüfen, da neben Einkommen und Miethöhe auch der Wohnort und weitere Haushaltsmitglieder eine Rolle spielen. Eine Orientierung bieten Beispielrechnungen (siehe Grafik). Beziehende von Bürgergeld, BAföG- und Ausbildungsbeihilfeempfänger/innen im Regelfall auch nicht. Für Beschäftigte mit geringem oder mittlerem Einkommen lohnt es sich in jedem Fall, eine Anspruchsberechtigung zu prüfen.



Wo bleibt die Mietrechtsreform?

Die Reform des Mietrechts lässt weiter auf sich warten. Die Tatenlosigkeit von Minister Buschmann stinkt zum Himmel. Olaf Scholz müsse endlich ein Machtwort zugunsten der Mieterinnen und Mieter sprechen. Weil sich die Mietenkrise verschärft ist ein „soziales Mietrecht“ notwendig. Dazu zählen unter anderem ein bundesweiter Mietenstopp. Aber auch ein Verbot von Indexmietverträgen und ein verbesserter Kündigungsschutz sind dringend nötig.

Hintergrund ist, dass die Ampel-Regierung eigentlich Änderungen im Mietrecht versprochen hat. Allerdings stehen die Reformen bislang aus. Bauministerin Klara Geywitz (SPD) hat ihrem Ärger darüber bereits Luft gemacht. Buschmann, bei dem die Zuständigkeit liegt, müsse seine Priorität jetzt auch auf die Mieterinnen und Mieter legen.

Auch der Mieterbund pocht auf die Reform. „Die Reform des Mietrechts hakt nicht nur, sie findet erst gar nicht statt“, sagte Mieterbund Präsident Lukas Siebenkotten. Selbst die „minimalen Verbesserungen“ des Mieterschutzes, auf die sich die Ampelkoalitionäre geeinigt hätten, würden seit zwei Jahren nicht umgesetzt - „und nichts deutet darauf hin, dass sich an diesem Zustand in naher Zukunft etwas ändern wird“.

Die Untätigkeit des Gesetzgebers in Sachen Mieterschutz ist fatal und absolut unverantwortlich. Mitschuldig ist auch Olaf Scholz. Der Bundeskanzler hat endlich für die sofortige Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten rechtlichen Reformen zu sorgen und den insoweit untätigen Justizminister Buschmann entsprechend anzuweisen. Stattdessen beschäftigt sich die Regierung - wie schon beim Zwist um die Kindergrundsicherung, mal wieder mit sich selbst. Über miese Umfragewerte muss sich die Ampel deshalb nicht wundern. Darüber, dass sie die Quittung in den Wahllokalen erhalten wird, auch nicht.

Wer zum Mindestlohn arbeitet, kann Anspruch auf Wohngeld haben		DGB				
Beispielrechnungen	Single	Alleinerziehende mit 1 Kind	Paar ohne Kinder	Paar mit 1 Kind	Paar mit 2 Kindern	
Netto-Verdienst(e)	1.300 €	1.090 €	2.160 €	2.380 €	2.170 €	
Warmmiete	570 €	700 €	700 €	830 €	970 €	
Wohngeldanspruch	200 €	490 €	100 €	200 €	600 €	

Erläuterungen: Bei allen Beispielen ist für den Wohnort ein mittleres Mietpreisniveau (Mietstufe IV) unterstellt. Angenommen wird, dass das gesamte verfügbare Einkommen aus Beschäftigung(en) zum Mindestlohn stammt: Single: 30 Stunden/Woche, Alleinerziehende: 20 Std./W., Paar ohne Kind: 2x 25 Std./W., Paar mit einem Kind: 2x 28,5 Std./W., Paar mit zwei Kindern: 2x 25 Std./W.

Quelle: DGB

Die Wohngeldreform als gute Maßnahme, eignet sich aber nicht, die wohnungspolitischen Probleme in Deutschland zu lösen. Die Bundesregierung muss alles daransetzen, die versprochenen 100.000 Sozialwohnungen jährlich zu bauen. Darüber hinaus ist aber ein gemeinnütziger Wohnungssektor notwendig, der dauerhaft bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stellt, sowie ein soziales Bodenrecht. Bis der Wohnungsmarkt im Gleichgewicht ist, bedarf es eines befristeten Mietenstopps, um die Menschen in Zeiten hoher Inflation nicht weiter zu belasten.

„Das Gefängnis ist die einzige Form des öffentlichen Wohnraums, die die Regierung in den letzten 5 Jahrzehnten wirklich investiert hat“
 Marc Lamont Hill

Lügen als Politikstil?

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass jährlich 400.000 Wohnungen gebaut werden, davon 100.000 sozial geförderte. Beim 14. Wohnungsbautag erklärte Bundesbauministerin Geywitz, was getan wird, damit Bauen bezahlbar wird und mehr Tempo bekommt.



Foto: IMAGO/Sabine Gudath

Die Ministerin betonte, die Bundesregierung fördert dies mit der Rekordsumme von 14,5 Milliarden Euro bis 2026. Gemeinsam mit Mitteln aus den Ländern könnten konservativ geschätzt 36 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau investiert werden. Im Oktober 2022 startete eine neu angelegte Bundesförderung für genossenschaftliches Wohnen. Seit dem 1. Januar 2023 gibt es eine höhere lineare Abschreibung für Wohngebäude.

Außer großen Tönen ist wenig geschehen. Die Politiker sollten mehr realistische Zahlen nennen. Jedem normal denkenden Mensch war klar, dass die Zahl 400.000 Wohnungen völlig unrealistisch ist. Besonders wenn der Bund es dem freien Markt überlässt. Da wird zuerst das eigene Klientel mit dem Geld unterstützt und dann erst der Wohnungsbau. Warum sollten die Wohnungsbauunternehmen durch mehr Wohnungen sich selbst Konkurrenz schaffen und damit verhindern die Mieten in die Höhe zu treiben?

Es wäre Aufgabe des Bundes Wohnungen zu bauen! Fakt ist aber, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) hat bis Mitte 2013 nur 42 bundeseigene Wohnungen fertiggestellt. Seit 2018 wurden erst 174 bundeseigene Wohnungen gebaut. Nach Einschätzung der Bima würden bis Ende 2023 voraussichtlich 200 Wohnungen fertiggestellt. Die „Wohnraumoffensive“ war in Zeiten der Großen Koalition auf den Weg gebracht worden, um Wohnraum zu schaffen, darin ist unter anderem vorgesehen, dass der Bund auch selbst als Bauherr auftreten solle. Das ist ebenso wie die 400.000 Wohnungen eine Lüge. Warum sollte der Bund als Konkurrenz gegen die Miethaie antreten?

Die Politik imponiert durch die Qualität ihrer Lügen.

Walter Fürst

Steuerschulpfächer stopfen!

Weltweit werden jährlich über eine Billion US-Dollar an Unternehmensgewinnen in Steueroasen verschoben. Nötig sind international wie national verstärkte Anstrengungen. Zentral ist eine Vermögensteuer auf Milliardenvermögen, am besten weltweit. Je mehr Steuern die Konzerne und die Reichen zahlen, desto weniger müssen die Beschäftigten zur Kasse gebeten werden. Statt die Schluflöcher zu stopfen werden die kleinen Leute und die Sozialversicherungssysteme belastet.



V.I.S.G.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK WERNEKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Die rot-grün-gelbe Bundesregierung beabsichtigt in ihrem Haushaltsentwurf umfangreiche Ausgabenkürzungen in Höhe von 30 Milliarden Euro. Ursächlich für diese milliardenschweren Einsparungen ist das Bestreben der Ampel-Regierung die Schuldenbremse wieder einzuhalten. Diese Ausgabenkürzungen sind wirtschaftlich schädlich, weil sie die Konjunktur noch weiter ausbremsen.

Und sie sind sozial schädlich und treffen besonders verwundbare Gruppen. Zudem führen zu geringeren Bundeszuschüssen zu den Sozialversicherungen zu höheren Sozialbeiträgen. Wir brauchen vor dem Hintergrund der großen gesellschaftlichen Herausforderungen mehr öffentliche Investitionen, mehr Personal und mehr Sachausgaben.

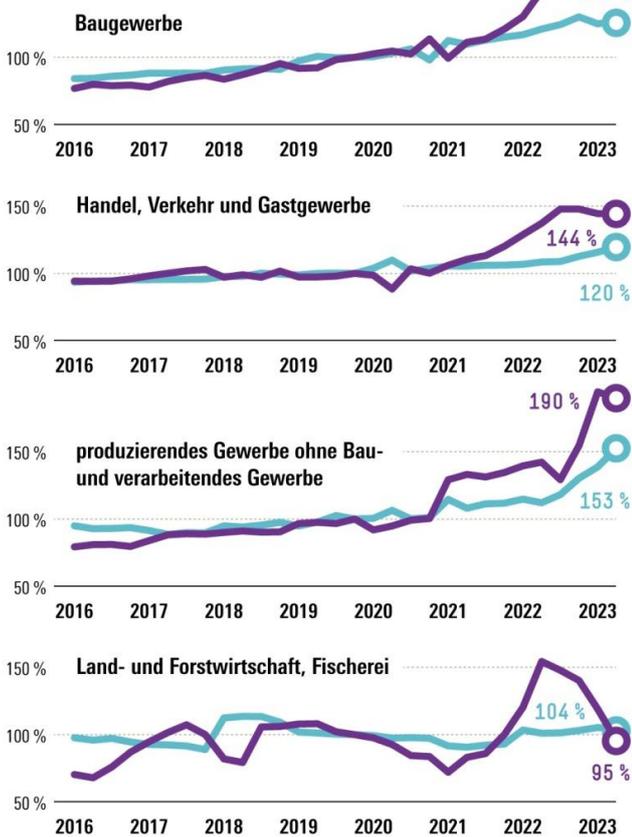


Gewinnanstieg treibt die Preise!

Das kräftige Wachstum bei den Unternehmensgewinnen in einigen Branchen ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Inflation in Deutschland seit Anfang 2021 stark angestiegen ist und das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank weit überschreitet. Neben den Preisschocks bei Energie- und Nahrungsmitteln infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine haben solche Profitsteigerungen wesentlichen Anteil an den hohen Teuerungsraten, während steigende Lohnstückkosten eine nur untergeordnete Rolle gespielt haben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

Gewinne steigen stärker als Löhne

So haben sich **Stückgewinne** und **Lohnstückkosten** entwickelt in der Branche ...



4. Quartal 2019 = 100; Quelle: IMK 2023

Hans Böckler Stiftung

Gemeinsam haben die vier Branchen auffällig starke Gewinnsteigerungen, bei denen die Profite in der Spitze um knapp 50 bis fast 100 Prozent gegenüber 2019 hochschnellten. Im Detail unterscheidet sich die Gewinnentwicklung zwischen den Branchen dabei im zeitlichen Ablauf sowie in der Stärke erheblich. So kam es in der Landwirtschaft recht früh zu einem drastischen Ausschlag, auf den bald eine Normalisierung folgte. In den drei

Übrigen Wirtschaftsbereichen dauerte die Gewinnralley deutlich länger – sie scheint ihren Höhepunkt mittlerweile aber ebenfalls überschritten zu haben, diagnostiziert das IMK.

Kinderreichtum macht arm

Von Armut betroffen sind von den ...



Paaren mit einem Kind	9,4%
Paaren mit zwei Kindern	11,2%
Paaren mit drei oder mehr Kindern	30,9%
Alleinerziehenden	38,7%

Quelle: DIW, August 2023

Hans Böckler Stiftung

Schuften zum Nulltarif

Für viele Beschäftigte gehört zum Joballtag, arbeiten zum Nulltarif, sprich ohne Bezahlung. Beispiel Berlin: Rund 37,3 Millionen Überstunden wurden im Jahr 2020 geleistet, mehr als 24 Millionen davon „gratis“. Zahlen, die aus dem „Überstundenmonitor“ des Pestel-Instituts hervorgehen. Alle Beschäftigten zusammen genommen haben den Berliner Unternehmen durch unbezahlte Mehrarbeit rund 346,12 Millionen Euro quasi „geschenkt“. Die Berechnung erfolgte nur auf Mindestlohnbasis.

Allein in Hotels, Restaurants und Gaststätten leisteten die Beschäftigten in Berlin 2022 rund 1,01 Millionen Überstunden. 340.000 davon ohne Arbeitsentgelt. Ursache für die Überstunden ist der Fachkräftemangel, aber besonders die schlechte Bezahlung. Wer will schon bei einem Hungerlohn und unbezahlten Überstunden arbeiten? Weiter ist die Erfassung der Arbeitszeit und Kontrolle notwendig. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG)



Eine Branche, in der unvergütete Mehrarbeit zum Joballtag gehört
imago images/BeckerBredel

in einem Beschluss vom September 2022 festgelegt. Arbeitgeber haben die gesamte Arbeitszeit ihrer Beschäftigten aufzuzeichnen. Sie sind zudem verpflichtet, Arbeitszeitnachweise mindestens zwei Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Weiter ist festzulegen,

Weiter nächste Seite

dass Firmenchefs angewiesen werden, Beschäftigten elektronisch erfasste Arbeitszeiten zwecks Prüfung und Dokumentation auszuhändigen – monatlich, lückenlos, zwingend.

Ein Problem dabei ist, die wenigsten Geprellten verklagten ihren Arbeitgeber. Und wer seinen Anspruch auf Lohn gerichtlich durchsetzen will, muss beweisen können, dass er Überstunden erbracht hat. Zusatzproblem: Die Regel einer korrekten Arbeitszeiterfassung wird viel zu häufig ignoriert. Deshalb ist eine gesetzliche Klarstellung zur Arbeitszeiterfassung erforderlich.

Renten im Sinkflug

Die monatlich ausgezahlte Rente von Neurentnern ist 2022 im Vergleich mit der durchschnittlichen Rente von älteren Menschen, die schon länger Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, gesunken. Die Neurentner erhielten im Durchschnitt 1.084 Euro im Monat und damit 15 Euro weniger als die Bestandsrentner. Das geht aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion hervor.



Preise steigen, Renten sinken

picture alliance / Felix Kästle/dpa

Die Zahlen ergeben sich aus statistischen Daten der Deutschen Rentenversicherung. Diese Entwicklung bei der gesetzlichen Rente ist sehr bedenklich und zerstört das Vertrauen in die Demokratie. Die Renten sind keineswegs stabil, wie das Bundeskanzler Olaf Scholz behauptete. Menschen mit niedrigen Löhnen und prekärer Erwerbsarbeit, insbesondere im Osten, kämen nun in der Rente an. Aus den Zahlen geht hervor, dass in Ostdeutschland auch bei Frauen die Neurentner gesunken sind, während sie im Westen stiegen.

Obwohl die Aussicht auf das Rentnerdasein in den allermeisten Fällen mit der Einstellung auf ein karges monatliches Budget verbunden ist, bleibt die Rente mit 63 populär. Die Zahl der Anträge auf abschlagsfreie Rente nach 45 Arbeitsjahren ist im laufenden Jahr stark gestiegen. Die Rentenversicherung führt das darauf zurück, dass immer mehr Beschäftigte der geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegsjahrzehnte ins Rentenalter kommen. Was diese Zahlen indes auch zeigen: Kaum jemand ist bereit, für den Chef auch nur einen Monat länger zu arbeiten als nötig. Politisch kein unwichtiger Befund, denn die nächsten Vorstöße zur weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters werden kommen.

Unterschiede bei der Berufswahl

In diesen Berufen wurden 2022 die meisten Ausbildungsverträge abgeschlossen ...

bei den Männern

Kraftfahrzeugmechatroniker	20 295
Fachinformatiker	15 903
Elektroniker	14 256
Anlagenmechaniker (Sanitär-, Heizungs- u. Klimatechnik)	13 992
Verkäufer	10 611

bei den Frauen

Medizinische Fachangestellte	16 656
Kauffrau für Büromanagement	16 116
Zahnmedizinische Fachangestellte	13 011
Verkäuferin	10 608
Kauffrau im Einzelhandel	8 406

Quelle: BIBB, Februar 2022

Hans Böckler
Stiftung

Der Job muss passen

Junge Menschen, die eine Ausbildung in einem Berufsfeld beginnen, das stark von ihren ursprünglichen Wünschen abweicht, lösen ihr erstes Ausbildungsverhältnis öfter wieder auf als andere.

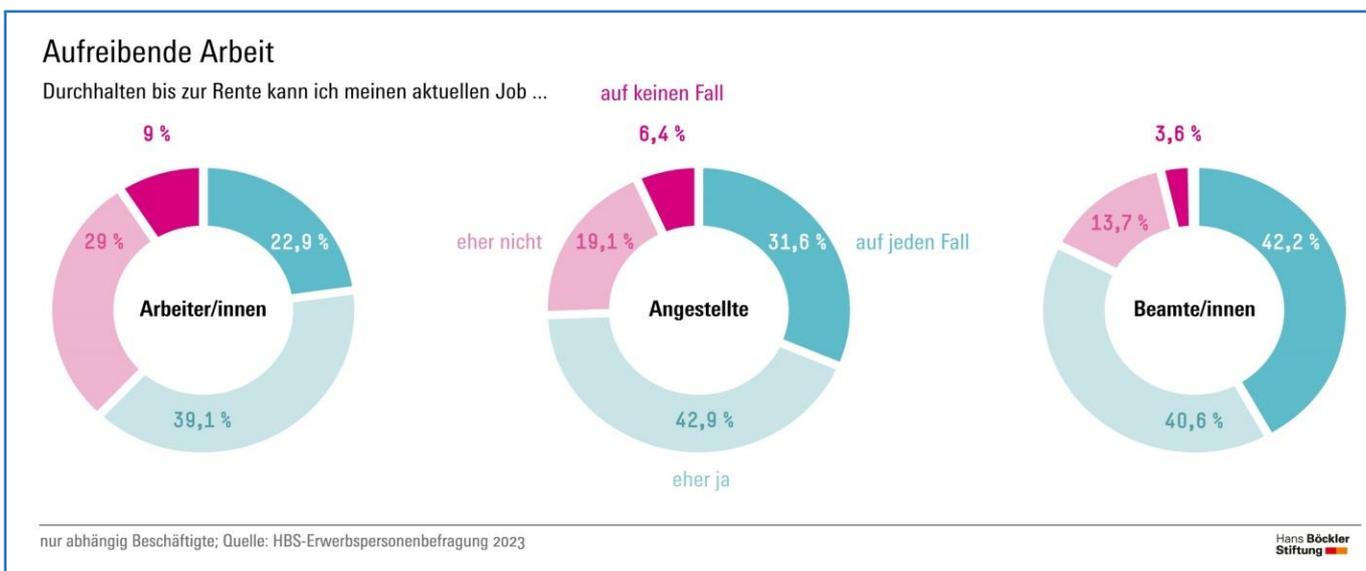
Das zeigte eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung. Etwa 13 Prozent der Auszubildenden, die starke Kompromisse bei ihrer Berufswahl eingegangen sind, beenden ihre Ausbildung bereits nach dem ersten Ausbildungsjahr vorzeitig. Bei denjenigen, die ihre Berufswünsche durch die Wahl ihres Ausbildungsberufes erfüllen konnten, liegt der Anteil nur bei 6 Prozent.

Durchhalten bis zur Rente? Ein Viertel zweifelt

Gut 20 % der Beschäftigten glauben, ihren Job eher nicht bis zum regulären Renteneintritt zu schaffen. Weitere knapp 7 % sind sogar überzeugt, auf keinen Fall durchhalten zu können.

Deutlich höher als im Durchschnitt aller Beschäftigten sind die Quoten unter Arbeiterinnen und Arbeitern – 38 % – sowie bei Menschen, die ihre Arbeitssituation generell als stark belastend oder äußerst belastend einstufen. In diesen Gruppen glauben rund 43 % beziehungsweise 59 %, ihre jetzige Tätigkeit eher nicht oder auf keinen Fall ohne Einschränkung bis zum gesetzlichen Rentenalter ausüben zu können. Von sehr belastenden

Weiter nächste Seite



Arbeitsbedingungen berichten etwa 20 % der Beschäftigten. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie (Juni 2023) des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts.

Bedrohlicher Digitalmonopolismus

Tausende von Unternehmen sammeln Daten über das Verhalten von Menschen im Internet. An der Spitze stehen Firmen wie Alphabet (Google), Amazon und Meta (Facebook), die den Großteil ihres Umsatzes mit Online-Werbung erwirtschaften.

Der Google-Konzern „*sticht aber heraus*“, heißt es in einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: Dank der enormen Datenmengen, auf die der Konzern Zugriff hat, könne er die Internetnutzerinnen und -nutzer systematisch genauer einschätzen. Das Unternehmen könne „*den Markt an einen Kipppunkt führen, so dass der Konzern von Wettbewerbern nicht mehr eingeholt werden kann*“.

Deshalb sei es notwendig, den Zugang zu Daten zu regulieren, wozu es auf EU-Ebene immerhin



Ansätze gebe. Auch bei neuen Technologien wie ChatGPT müsse darauf geachtet werden, dass keine Monopole entstehen.

FDP > Freunde der Reichen und Mächtigen!

Die FDP will dem „*Missbrauch des Sozialstaates entschieden*“ entgegenwirken. So viel Engagement ist löblich, geht aber in die völlig falsche Richtung und lenkt von sozialer Ungerechtigkeit, die hauptsächlich durch die FDP erzeugt wurde, ab. Die Bezieherinnen und Bezieher des Bürgergelds werden bereits überdurchschnittlich häufig überprüft. Eine Bevölkerungsgruppe dagegen kaum: Einkommensmillionäre und -millionärinnen müssen nur sehr selten eine Steuerprüfung fürchten. Die Quote der Finanzämter hat sich in den vergangenen zehn Jahren halbiert, wie einer Aussage der Bundesregierung belegte.

Von 870 geprüften Millionären mussten im Jahr 2022 nämlich 661 Millionäre Steuern nachzahlen. Und nur knapp sechs Prozent der Einkommensmillionäre wurden überhaupt kontrolliert. Die FDP-Fraktion hat eine entsprechende Forderung an Andrea Nahles, Chefin der Bundesagentur für Arbeit, gerichtet. Die richtige Adresse wäre aber an ihren Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner gewesen.

Doch stattdessen spielen Konservative und Liberale mit dem schiefen Bild der „*sozialen Hängematte*“, wenn sie spekulieren, dass Beschäftigte wegen der Möglichkeit des Bürgergeldbezuges gekündigt hätten. Klar ist: Viele Jobs in der Reinigungsbranche etwa sind schlecht bezahlt. Das Durchschnittsgehalt liegt dort nach Angaben der BA bei 2.276 Euro brutto und damit nur knapp über dem Mindestlohn. Viele Menschen hierzulande leben von der Hand in den Mund, obwohl sie arbeiten. Darüber sollte man reden, nicht über den Missbrauch des Bürgergeldes.

Öffentlicher Rundfunk geschätzt!

ARD und ZDF haben ihre Studie „Massenkommunikation Trends 2023“ veröffentlicht. Im ersten Jahr nach Corona verbringen die Menschen wieder weniger Zeit vor Fernseh- und Radiogeräten oder Computern. Immer weniger Menschen lesen Texte. Die meiste Zeit wird mit Bewegtbild verbracht, dahinter folgen Audio und Text.

Printprodukte: schwerer Stand bei unter 30-Jährigen

Nutzung verschiedener Medien, mindestens einmal pro Woche (in Prozent)

Gedruckte Bücher lesen:



Gedruckte Zeitungen oder Zeitschriften lesen:



Artikel auf Websites/Apps von Zeitungen/Zeitschriften lesen:



■ Gesamt ■ 14-29 Jahre ■ 30-49 Jahre

Quelle: ARD/ZDF Massenkommunikation Trends 2023

© DGB-einblick 11/2023

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird generationenübergreifend als wichtig für die politische Meinungsbildung eingestuft. In Deutschland nutzen so gut wie alle Menschen ab 14 Jahren (98 Prozent) täglich Medien. Die Tagesreichweite von Bewegtbild legt im Vorjahresvergleich mit 89 Prozent um einen Prozentpunkt zu. Das lineare Fernsehen gehört weiterhin für knapp zwei Drittel der Bevölkerung zum Alltag: 64 Prozent werden pro Tag darüber erreicht.

Ausbeutung durch Tarifflicht!

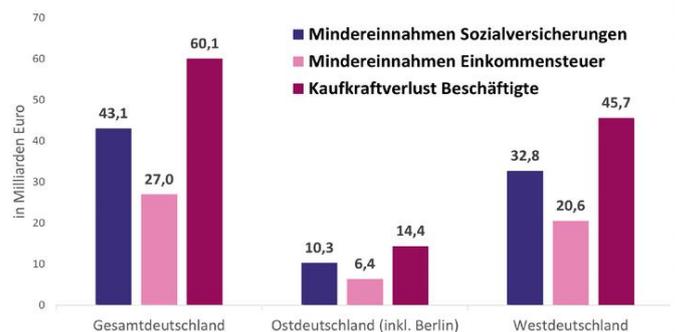
Tarifverträge sind eine tragende Säule der Tarifautonomie und unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung. Sie sind die Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Außerdem fördern sie Gleichbehandlung und Gerechtigkeit. Mit Tarifvertrag haben die Beschäftigten im Schnitt 12 Prozent mehr in der Lohntüte. Außerdem gibt es mit Tarifvertrag öfter Urlaubs- und Weihnachtsgeld, mehr Urlaub, bessere Regeln bei Über-

stunden, Kurzarbeitergeld und bei der betrieblichen Altersvorsorge.

Doch immer weniger Beschäftigte in Deutschland sind durch einen Tarifvertrag abgesichert. Aktuell profitiert nur noch rund die Hälfte aller Beschäftigten. Die sinkende Tarifbindung gefährdet jedoch nicht nur die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, sondern erzeugt auch enorme Kosten für die Allgemeinheit. Denn geringere Einkommen bedeuten gleichzeitig auch weniger Einzahlungen in die Sozialversicherungen. Und auch die Einnahmen aus der Einkommensteuer fallen geringer aus.

Laut der neuen Tarifflicht-Bilanz des DGB (siehe Abbildung) entgehen allein den Sozialversicherungen in Deutschland durch Tarifflicht und die entsprechend niedrigeren Löhne jährlich rund 43 Milliarden Euro an Beiträgen. Dazu kommen aus demselben Grund noch circa 27 Milliarden Euro weniger Einnahmen aus wegbleibender Einkommenssteuer. Insgesamt wirkt sich die fehlende Tarifbindung auch negativ auf die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aus. Rund 60 Milliarden Euro hätten Beschäftigte mehr zur Verfügung, würde es eine flächendeckende Tarifbindung geben. Betrachtet man die Gesamtkosten der Tarifflicht, belaufen sich diese auf 31 Milliarden Euro im Osten und 99 Milliarden Euro im Westen.

Jährliche Schäden der Tarifflicht in Deutschland



DGB-Berechnungen auf Grundlage Sonderauswertung Statistisches Bundesamt

Von „Arbeitgebern“ sowie der Politik fordert der DGB, den Negativtrend zu stoppen, wozu die frisch aufgelegte Kampagne „Tarifflicht“ beitragen soll. Diese richtet sich im speziellen an die Bundesregierung. Die Ampelparteien hatten per Koalitionsvereinbarung gleich mehrere Initiativen zum Thema angekündigt. So solle ein Bundestarifreuegesetz dafür Sorge tragen, dass öffentliche Aufträge nur mehr an Firmen mit Tarifbindung vergeben werden. Ferner soll es neue Regeln zur Fortgeltung von Tarifverträgen bei Betriebsausgliederungen sowie die Schaffung eines digitalen Zugangsrechts für Gewerkschaften in die Betriebe zwecks Stärkung der Mitbestimmung geben. Allerdings ist keine der Maßnahmen auf den Weg gebracht worden.

Tarifautonomie als Herz der sozialen Demokratie.

Michael Sommer

Armut gefährdet die Demokratie

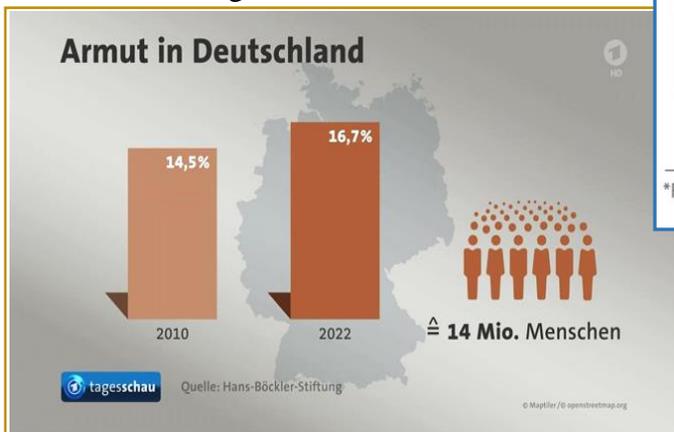
Nach Studien der Hans-Böckler-Stiftung und dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts hat die Einkommensarmut in Deutschland



deutlich zugenommen. Im Jahr 2022 lebten demnach fast 17 Prozent der Menschen in Deutschland in Armut, rund zehn Prozent sogar in strenger Armut. 2010 lagen die beiden Quoten noch bei 14,5 beziehungsweise knapp acht Prozent.

Als arm definieren die Fachleute dabei Menschen, deren Haushaltsnettoeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland beträgt. Sehr arm sind jene, die nicht einmal 50 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben. Als reich gelten Menschen, die mehr als das Doppelte dieses Betrags zur Verfügung haben. Der Anteil der reichen Haushalte schwankte in den vergangenen Jahren der Studie zufolge um acht Prozent.

Armut ist richtig kritisch wenn sich Armut



verfestigt. Wenn die Personen also über Jahre hinweg von Armut betroffen sind. Dauerhafte Armut in Deutschland schränkt die gesellschaftliche Teilhabe stark ein. Arme müssen deutlich häufiger auf Güter des alltäglichen Lebens

verzichten, sie haben weniger Geld zum Heizen, leben in kleineren Wohnungen. Sie sind weniger gesund, haben geringere Bildungschancen und sind mit ihrem Leben insgesamt unzufriedener.

Folgen dieser Entwicklung sind, dass viele Menschen mit wenig Einkommen ein geringeres Vertrauen in die demokratischen Institutionen als Menschen mit hohem Einkommen haben. Mit Armut geht laut dem Bericht bei vielen Betroffenen ein Gefühl geringer gesellschaftlicher Anerkennung einher. Dies führe wiederum zu einer Distanz zu staatlichen und politischen Institutionen. Ein geringes Institutionenvertrauen macht Menschen anfälliger für rechtspopulistische Einstellungen.



Kinderreport 2023: Jedes fünfte Kind in Deutschland ist armutsgefährdet



Immer mehr Personen in Rente sind auf Sozialleistungen angewiesen

Geringes Vertrauen haben **Arme*** beziehungsweise die **Gesamtbevölkerung** in ...



*Personen in Haushalten mit Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medians; Quelle: WSI 2022

Um der Armut entgegenzusteuern, fordern die beiden Studienautoren unter anderem die Anhebung der sozialen Grundsicherung auf ein "armutsfestes Niveau" und die Erhöhung des Mindestlohns. Gefordert wird auch, Reiche und Superreiche stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen - etwa durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie durch höhere Vermögens- und Erbschaftssteuern für diese Gruppen.

Rechtssystem schützt die Polizei

Im Frühjahr 2022 waren acht junge Klimaschutzaktivisten aus Westafrika zu Gast in Mannheim, um bei mehreren Veranstaltungen über Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu sprechen. Sie hatten das Austauschprojekt mitorganisiert. Im April wurde die Wohnung, in der die Gäste lebten, von einem Sonder-Einsatzkommando der Polizei gestürmt.

Die völlig überrumpelten jungen Männer gingen davon aus, dass es sich um eine Personenkontrolle handelte und holten ihre Pässe, um sich ausweisen zu können. Doch statt einer bloßen Kontrolle wurden sie aus der Wohnung auf die offene Straße geführt und – unzureichend bekleidet bei niedrigen Temperaturen – mit Kabelbindern gefesselt festgehalten. Die Wohnung wurde auf angebliche Verdachtsgegenstände untersucht.

Es dauerte über eine Stunde, in der die vier Personen ohne Erklärung und ohne Schutz vor Beobachtern auf der Straße ausharrten, bis das SEK feststellte, dass es sich lediglich um einheimische Lebensmittel und nicht um Drogen und Waffen handelte. Offensichtlich griffen hier rassistische Vorurteile, die zu diesem haltlosen Verdacht und der übermäßig gewaltvollen Durchführung des Einsatzes führten.

Die Betroffenen erlitten körperliche und psychische Verletzungen. Während erstere verheilen konnten, bleiben die traumatischen Erfahrungen bis heute und beeinflussen die vier in ihrem Alltag. Unterstützt durch einen Spendenaufruf konnten die jungen Menschen psychologische Hilfe in ihrem Heimatland bekommen. Nach wie vor sind die Betroffenen und unser ganzes Team fassungslos über diese Gewalt und die dahinterstehenden Vorurteile gegen schwarze Männer.

Der damalige Bürgermeister hat die Betroffenen unmittelbar danach zu einem Gespräch eingeladen, und die Stadt hat sich um eine neue Unterkunft und psychologische Erstversorgung gekümmert. Die Polizei streitet aber die Vorwürfe ab und spricht von einem angemessenen Maß wegen konkreter Gefahr. In öffentlichen Aussagen der Polizei sind aber Widersprüche und Fehlinformationen offensichtlich. Gefordert ist eine öffentliche Richtigstellung und sichtbare Maßnahmen gegen rechte Gewalt in der Polizei.

Die Betroffenen haben eine Strafanzeige gestellt, die die Staatsanwaltschaft Mannheim einstellen wollte. Dagegen wurde Beschwerde eingelegt. Die juristische Vertretung erhielt keine Akteneinsicht. Die Staatsanwaltschaft argumentiert, dass Aussage gegen Aussage stehe und keine

Beweise vorlägen. Wieder ein Beleg wie die Staatsmacht Polizeigewalt schützt.

Das ist kein Einzelfall, denn noch viele weitere Fälle von rassistischer Polizeigewalt in Deutschland sind festzustellen. Die wenigsten konnten ihre Geschichte an die Öffentlichkeit bringen. Es ist zu sehen, dass die Aufklärung dieser Fälle systematisch verhindert wird. Das Rechtssystem schützt die Polizei!



Demonstration gegen Polizeigewalt nach einem tödlichen Einsatz (Mannheim, 5.11.2022)
Julian Rettig/dpa

Koranverbrennung verwerflich!

Es gibt Dinge die es nicht geben dürfte! Da erlaubt die schwedische Regierung mehrmals die Verbrennung eines Korans. Am ersten Tag des islamischen Opferfestes Eid al-Adha, hatte in Stockholm ein Mann vor der Großen Moschee mehrmals auf den Koran eingetreten und dabei die schwedische Fahne geschwenkt. Danach steckte er Schinkenstreifen, die Muslimen als unrein gelten, in das Buch und verbrannte einige Seiten daraus. Der 37-jährige nach Schweden geflüchtete Iraker hatte die Genehmigung der schwedischen Behörden für sei-



ne Protestaktion erhalten. Bereits Monate zuvor hatten rechtsextreme Demonstrierende in Stockholm einen Koran vor der türkischen Botschaft verbrannt. Die Reaktionen aus Marokko und der Türkei sind zwar nachzuvollziehen, aber scheinheilig. Diese Diktaturen haben kein Recht sich zu

Weiter nächste Seite

empören, sie sollte zuerst vor der eigenen Türe kehren.

Aber für eine Regierung wie in Schweden war und ist es ein Skandal diese Koranverbrennungen zu genehmigen. Was würde wohl die Regierung und die christlichen Kirchen in Schweden reagieren, wenn ein Moslem öffentlich eine Bibel, oder die schwedische Verfassung verbrennen würde.

Die Verbrennung religiöser Symbole, gleich welcher Religion sind nicht nur respektlos und beleidigend, sondern verschlechtern das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Glaubens. Auch wer keiner Religionsgemeinschaft angehört, aber ein anständiger Mensch ist, wird sich immer dafür einsetzen, dass der Glaube von Menschen und ihre Symbole geachtet werden!

Kanonen vor Sozialstaat!

Es gibt politische Entscheidungen der Bundesregierung, da kann man nur noch den Kopf schüteln. Da werden auf der einen Seite 100 Milliarden Euro für Rüstung rausgeschmissen und auf der anderen Seite der Etat der Jobcenter 2024 um 500 Millionen Euro und 2025 um weitere 900 Millionen gekürzt.

Kanonen scheinen für viele Politiker wichtiger zu sein als soziale Einrichtungen. Diese Politik bringt viele Jobcenter an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit, obwohl sie ständig steigende Anforderungen an Quantität und Qualität zu erbringen haben. Die Zerschlagung der Erfüllung ihrer Aufgaben war schon dadurch erfüllt, da Geld welches für Eingliederungsmaßnahmen vorgesehen war zur Abdeckung der Verwaltungs- und Personalkosten eingesetzt wurde.

Das steht schon im Gegensatz zum Bürgergeldgesetzes, das auf mehr Coaching und Weiterbildung für die Leistungsempfänger setzt. Da brauchen die Verantwortlichen für dieses Verbrechen sich nicht wundern, wenn immer mehr Menschen an der Demokratie zweifeln.



Kommentar

Faschistische Tendenzen in der CSU?

Die Generalstaatsanwaltschaft München und das Bayerische Landeskriminalamt (LKA) haben herausgefunden: „Die Letzte Generation stellt eine kriminelle Vereinigung gemäß Paragraph 129 StGB dar!“ Diese Erkenntnis war sicher von den rechten Hartleitern in der CSU verordnet worden. Rund 170 Beamte durchsuchten daraufhin 15 Liegenschaften in sieben Bundesländern. Festnahmen hat es zunächst keine gegeben; ein gerichtliches Urteil, das die Einstufung der „Letzten Generation“ im Sinne des Strafgesetzbuches hätte vornehmen müssen, auch nicht!

Die rechte Ordnungszelle Bayern hat einen Weg gefunden, der Gewaltenteilung einen exekutiven Bypass zu legen. Erst auf Nachfrage räumte man in München den „Fehler“ ein und änderte den vorverurteilenden Hinweis auf der übernommenen Internetseite der Gruppe.

Was wird der „Letzten Generation“ vorgeworfen? Ein Merkmal krimineller Gruppen, Bereicherungsabsicht, lässt sich den „Klimaklebern“ kaum unterstellen. Bleibt fortgesetzte Nötigung - von Autofahrern, Museumswächtern und Hausmeistern deutscher Parteizentralen, die sich mit den Klebstoff- und Farbbattacken der Aktivisten herumärgern müssen. Nötigung setzt eine Absicht voraus. Jemand muss zu irgendetwas gebracht werden, beispielsweise der Zeuge eines Verbrechens, seine belastende Aussage zurückzuziehen.

Was will die letzte Generation? Tempolimit auf Autobahnen und ein Neun-Euro-Ticket für den Nahverkehr. Dass die zu diesem Zweck Genötigten nicht über Mittel und Möglichkeiten verfügen, ihre Forderungen zu realisieren ist ein Problem, aber die Aktionen sind öffentlichkeitswirksam.

Dass wir es - wohl erstmals in der Geschichte überhaupt mit einer kriminellen Vereinigung zu tun haben, die aus Sorge um die Zukunft des Planeten und der Menschheit gewaltlos Druck auf Adressaten ausübt, die man im eigentlichen Sinne gar nicht nötigen kann, Neun-Euro-Tickets oder Tempolimits einzuführen, das haben wir den rechten Hartleitern in der CSU zu danken!

Warum der CSU in Bayern? Zwei der sieben Verdächtigen stehen unter Verdacht, 2022 Pläne zur Sabotage einer durch Bayern verlaufenden Pipeline ausgeheckt zu haben. Da stellt sich die Frage: Gab es je eine Anklage wegen der Anschläge auf Nord Stream? Gibt es überhaupt Ehrgeiz, die Täter zu finden? Oder würde dies die „Interessen des deutschen Staates“ beeinträchtigen? Vermutlich letzteres. Im konkreten Fall reicht hingegen schon der Vorwurf, geplant zu haben, an einem rostigen Ventil zu drehen, für eine Razzia aus.

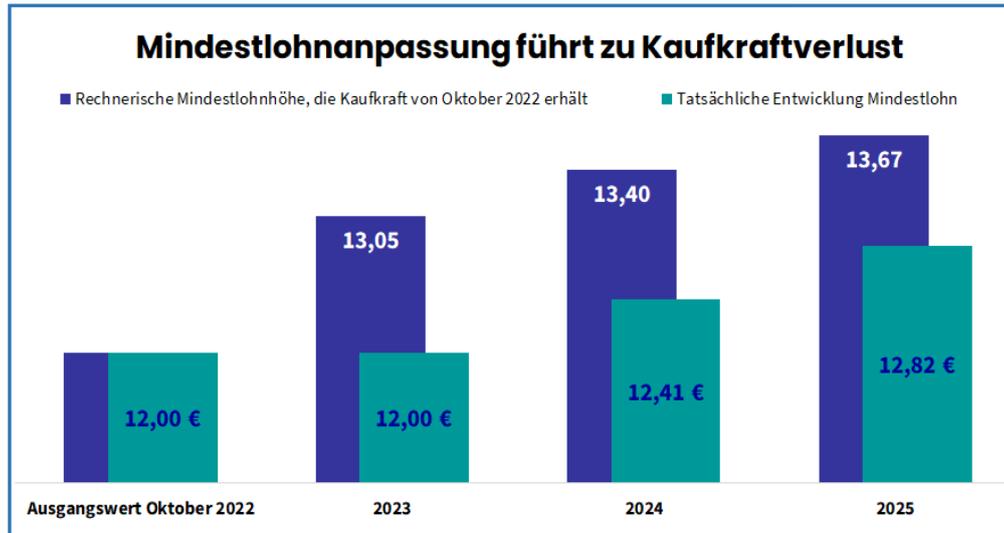
Wenn diese Einstellung so weiter geht, müssen vermutlich bald auch der Aufruf zum Streik und die Teilnahme an einer friedlichen Demonstration im Sinne einer „Kriminellen Vereinigung“ geahndet werden, wenn irgendwas von irgendwem gefordert wird. Jeder ist verdächtig!

Werner Hillenbrand

Der Staat ist nicht die Lösung für unser Problem, der Staat ist das Problem. Ronald Reagan

Mindestlohn zu nieder!

Die Mindestlohnkommission hat beschlossen, den Mindestlohn zum 1. Januar 2024 um 41 Cent auf 12,41 Euro und zum 1. Januar 2025 um weitere 41 Cent auf 12,82 Euro zu erhöhen. Das betrifft rund 5,8 Millionen Beschäftigte, bzw. rund 17,8 % aller Beschäftigten in Deutschland. Gerade die Menschen im Niedriglohnbereich trifft die hohe Inflationsrate besonders, denn Sie müssen einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Energie ausgeben und verlieren damit mehr als alle anderen an Kaufkraft. Wenn



700 Millionen unbezahlte Überstunden

Beschäftigte haben in Deutschland im Jahr 2022 rund 1,3 Milliarden Überstunden geleistet. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag hervor, meldete dpa. Die Überstunden entsprechen demnach 809.000 Vollzeitstellen.

der Mindestlohn lediglich entsprechend der Empfehlung der sog. Mindestlohnkommission steigt, verschärft dies die soziale Ungleichheit in Deutschland noch mehr. Berechtigt und richtig fordern DGB, der Paritätische und andere die Anhebung des Mindestlohns auf mind. 14 Euro. Die Anpassungen des Mindestlohns durch die Mindestlohnkommission führt zukünftig zu enormen Kaufkraftverlusten der Arbeitnehmer*innen

Erschreckend und mit politischen Folgen ist die Tatsache, dass nirgendwo in Deutschland so viele Menschen zum Mindestlohn wie im Landkreis Sonneberg (44 %) arbeiten.

Die Folge: Im Juni 2022 wurde dort ein AfD-Kandidat zum Landrat gewählt. Wenn weiter versucht wird, die Löhne so niedrig wie möglich zu halten, besteht die deutliche Gefahr, dass die Gesellschaft weiter auseinanderdriftet und AfD und rechtspopulistische Bewegungen weiteren Auftrieb bekommen.

Arbeiten muss sich wieder lohnen. Daher muss der Mindestlohn deutlich angehoben werden. Ein deutlich höherer Mindestlohn wäre für viele Niedriglohnbranchen auch eine Chance, dem zunehmenden Arbeitskräftemangel zu begegnen.

Im Durchschnitt machte jeder Beschäftigte 2022 etwa 31 Überstunden. Grundlage der Berechnung sind Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Demnach wurden im vergangenen Jahr 583 Millionen bezahlte und 702 Millionen unbezahlte Überstunden gemacht. Nach einem Rückgang in der Coronakrise sind die Zahlen wieder leicht gestiegen. (dpa)

Bei einer durchschnittlichen Jahresarbeitszeit von ca. 1.607 Stunden bedeuten die unbezahlten Überstunden die Vernichtung von 436.839 Arbeitsplätzen!



An das Jahr 1914 denken!

Der frühere Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer schlägt angesichts der gegenwärtigen Weltlage Alarm. „Es fällt schwer, nicht an das Jahr 1914 zu denken, als die Ereignisse eine unkontrollierbare Wendung nahmen und den Ersten Weltkrieg auslösten“, sagte der Grünen-Politiker der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“. Er sieht die Welt auf dem Weg in eine neue Ordnung und in einen Flächenbrand.

Er nimmt dabei vor allem Bezug auf den russischen Krieg gegen die Ukraine und den Krieg zwischen Israel und der Hamas. Beide verbinde eine „auffällige Parallele“, so Fischer, „Beide haben im Kern einen existenziellen Kampf um das Überleben eines Nationalstaates“.

Russland habe mit seinem Krieg gegen die Ukraine den ersten Dominostein gekippt, der „die Pax Americana nach 1945 endgültig untergräbt“. Mit dem Schlagwort „Pax Americana“ ist der Anspruch der USA gemeint, die Weltordnung wesentlich zu bestimmen. Russland aber habe eine „neue Polarisierung ausgelöst, bei der niemand gewinnt“.

So stünde nun der Westen auf der Seite der Ukraine und Israels, während China, Russland und der globale Süden auf der anderen stünden, so Fischer. „Das ist eine Dynamik, die der Westen einfach nicht akzeptieren kann“, warnt er. Der Westen müsse „gigantische diplomatische Anstrengungen“ unternehmen, um das zu stoppen. Der globale Süden müsse dabei einen „Platz am Tisch“ haben.

Fischer warnt im Besonderen auch vor einer direkten Konfrontation zwischen den USA und China. Denn: Die Gefahr „einer militärischen Konfrontation im Chinesischen Meer und in der Straße von Taiwan“ wachse. „Versuche, das globale Machtgleichgewicht zu verschieben und eine neue internationale Ordnung durchzusetzen, sind noch nie ohne Gewalt abgelaufen“, kommentiert Fischer. „Das macht die gegenseitigen Töne der Großmächte umso aggressiver und besorgniserregender“.



Das ist das Ergebnis der Machtspiele der Großmächte und der Verbrecher an der Spitze.

Der Deutsche „Verteidigungsminister“ oder auch Kriegsminister will mitmischen. Er forderte Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen

Krieg

Krieg ist ein Ort, an dem junge Männer, die sich nicht kennen und sich nicht hassen, töten. Wegen Entscheidungen von alten Menschen, die sich kennen und die sich hassen, aber nicht töten!

Leider ist das so, deshalb wird es Zeit, dass die jungen Männer endlich sagen, wir machen das nicht mehr mit.

Sollen doch die alten Männer der Politik und des Kapitals, ihre Macht und Reichtum selbst verteidigen.

Krieg ist ein Geschäft

Die Erzielung von hohem Profit ist die Triebfeder auch von Finanzkonzernen. Das belegt auch der Vergleich von Banküberfall und die Gründung einer Bank. Bertold Brecht hat das so formuliert: „Der Bankraub ist eine Initiative von Dilettanten. Wahre Profis gründen eine Bank.“

Den größten Profit versprechen Kriege, denn Kriegswaren und besonders Munition müssen ständig ersetzt werden. Dass dabei Menschen als Kanonenfutter verbraucht werden, ist kein Problem, denn die Politiker und Finanzbosse stehen ja nicht an der Front. Deshalb ist für sie das Wort Frieden ein großer Schrecken.

Der Schriftsteller Karl Kraus hat das einmal wie folgt formuliert: „Als zum ersten Mal das Wort „Friede“ ausgesprochen wurde, entstand auf der Börse eine Panik. Sie schrien auf im Schmerz: „Wir haben verdient! Lasst uns den Krieg! Wir haben den Krieg verdient!“

Die Worte von Kraus spannen den Bogen vom Spiel der Banken direkt bis zum Kriegsgeschäft.

Franklin D. Roosevelt, ehemaliger US-Präsident von 1933 bis 1945 hat dazu gesagt: „Vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso schlimm, wie vom organisierten Verbrechen regiert zu werden.“

Nichts hat sich geändert, die Kriegsgeschäfte gehen weiter, auch wenn nach einer gewissen Zeit oft von Kriegsmüdigkeit gesprochen wird. Karl Kraus hat dazu formuliert: „Kriegsmüde – das ist das dümmste von allen Worten, die die Zeit hat. Kriegsmüde sein, das heißt müde sein des Mordes, müde des Raubes, müde der Lüge, müde der Dummheit, müde des Hungers, müde der Krankheit, müde des Schmutzes, müde des Chaos. War man je zu all dem frisch und munter?(...) Kriegsmüde hat man immer zu sein, das heißt nicht nachdem, sondern ehe man den Krieg begonnen hat.“

Im Waffenlärm schweigen die Gesetze.

Marcus Tullius Cicero

Finanzlobby und ihre Machenschaften

Die Finanzlobby ist, gemessen an ihren Ressourcen und der Zahl ihrer Mitglieder, eine der größten und mächtigsten Lobbygruppen in Deutschland. Die Unternehmen und Organisationen dieser Lobby geben jedes Jahr rund 200 Millionen Euro aus, um Politik und Gesellschaft in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich ihr entgegenstellen, ist die Finanzlobby zahlenmäßig und monetär klar überlegen. Mit dieser Überlegenheit hat sie in der jüngeren Vergangenheit gewaltige Schäden angerichtet.

Die Bürgerbewegung Finanzwende e. V. beziffert den durch die Finanzlobby angerichteten Schaden auf mindestens 341 Milliarden Euro. Die tatsächliche Zahl ist allerdings noch deutlich höher, da die 341 Milliarden nur die klar messbaren Schadenssummen aus drei verschiedenen Vorgängen eingeflossen:

1. Die Verhinderung der Finanztransaktionssteuer
2. Der unter Lobby-Einfluss erst mögliche CumEx-Steuerraub
3. Teure Bankenrettungen im Zuge der Finanzkrise,
4. die durch das Fehlen strenger Eigenkapitalauflagen entstand



Der Werkzeugkasten der Finanzlobby reicht von der klassischen Beeinflussung von Parlaments- und Regierungsarbeit. Dazu das Sponsoring von Sportvereinen, um ihr öffentliches Image aufzubessern, aber auch auf gezielte Meinungsmache in Schulen und Kitas. Weiter die vielfältigen AkteurInnen, die „Im Auftrag des Geldes“ aktiv sind. So Wissenschaftler*innen und Pseudo-ExpertInnen, die im Auftrag der Lobby immer neue Gutachten auf den Markt werfen, um deren Positionen zu stützen – und natürlich aktuelle und ehemalige PolitikerInnen, die Nebeneinkünfte aus der Finanzlobby beziehen oder dort nach dem Ende ihrer politischen Karriere ein neue berufliche Heimat gefunden haben.

Gejammer der Verursacher

Die Arbeitgeber jammern über den Mangel an Fachkräften, aber sie sind es doch die das verursacht haben und noch verursachen. Auf einige Fakten hat die Vorständin der Bundesagentur für

Arbeit (BA), Vanessa Ahuja aufmerksam gemacht. Sie forderte die Arbeitgeber zu mehr Offenheit bei der Anstellung von Menschen aus dem Ausland.

„Für eine erfolgreiche Fachkräfte- und Arbeitskräfteeinwanderung müssen die Arbeitgeber aufgeschlossen sein“, sagte Ahuja, zuständig für Internationales, dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Leider erleben wir immer wieder, in ganz Deutschland, dass Arbeitgeber davor zurückschrecken, Ausbildungsinteressierte aus Drittstaaten einzustellen“, so die Expertin.

Die Bundesagentur hält daran fest, dass Deutschland jährlich eine Einwanderung von 400.000 Menschen zur langfristigen Begegnung des demografischen Wandels benötigt. Das sei nötig, um die Zahl der Erwerbstätigen stabil zu halten, sagte sie.

„Wir halten das durchaus für erreichbar: 2021 hatte Deutschland schon ein Einwanderungssaldo von 330.000 Personen“, betonte Ahuja. „Um die Marke von 400.000 zu knacken, müssen auch die Verwaltungsverfahren entschlackt werden.“

Merz der Volksverhetzer!

Eine der klügsten Entscheidungen der ehemaligen Bundeskanzlerin zu Gunsten der CDU war es, Friedrich Merz abzuschieben. Dass die CDU Merz zu ihrem Vorsitzenden machte, schadet der Partei und das ist gut so. Mit seinem erneuten Fauxpas in Sachen Migration hetzte er mit Lügen und Menschenfeindlichen Behauptungen gegen geflüchtete Menschen und schürt damit Hass gegen die Schwächsten in unserer Gesellschaft und gefährdet damit den öffentlichen Frieden. Hier liegt der Tatbestand der Volksverhetzung vor.

Schade, dass Friedrich Merz sich kein Beispiel an Volker Kauder, einem seiner Vorgänger im Amt als Unionsfraktionsführer nimmt: „Jeder Flüchtling ist Ebenbild Gottes und jeder Flüchtling muss so behandelt werden, wenn er bei uns ist“, sagte Kauder laut Zitat des Tages in der LKZ vom 14. Januar 2021. Gönnst ein christlicher Politiker wie Merz dem Ebenbild Gottes keine guten Zähne?

Besonders peinlich für ihn ist, dass seine Zahnarzt-Aussage falsch war. Die Bundeszahnärztekammer hat die Aussagen von Merz über Zahnarztbehandlungen für Asylbewerber als unzutreffend zurückgewiesen. Friedrich Merz machte wiederholt Stimmung gegen Migranten und arbeitet der verfassungsfeindlichen AfD zu. Sein Rückzug wäre ein Segen für unser Land und seine Partei.

Die Politik ist das Paradies zungenfertiger Schwätzer. George Bernard Shaw

Niemals Gewalt

In der Diskussion über Silvesterkrawalle ist eines absolut richtig, Gewalt ist nicht zu rechtfertigen. Aber was Staat und Politik aber mal selbstkritisch tun sollten, ist das eigene Handeln zu reflektieren. Dass einige Leute keinen Respekt mehr vor den Institutionen des Staates haben, ist ein Alarmsignal. Da ist es nicht damit getan, Strafen zu erhöhen und Härte zu zeigen! Wer diese Probleme lösen will, muss die Ursachen bekämpfen!

Wer Millionen Bürger wie Aussatz behandelt und immer nur die Reichen noch reicher macht, immer nur die Wünsche der Reichen erfüllt, die im Zweifel sogar die eigenen Lebensgrundlagen zerstören, wer zulässt, dass nur die Großen gehört werden, muss sich nicht wundern, wenn es irgendwann kracht. Wer es zulässt, dass Arme beschimpft und diffamiert werden. Wer angeblich kein Geld für die Armen hat, aber es zulässt, dass sich Aktionäre und Bosse mit Millionen zu Lasten der Arbeitnehmer bedienen und einen Finanzminister akzeptiert, der die Reichen durch Steuerentlastung noch reicher machen will, handelt entweder aus Dummheit oder Absicht.



Die Monarchie in Frankreich hätte auch nie gedacht, dass die Bürger mal aufstehen, um etwas zu ändern. Und dann kam sie doch, die Revolution. Wenn dazu noch die Bestrebungen von Faschisten kommen unsere Demokratie zu zerstören, entsteht eine gefährliche Mischung. Davon ist Deutschland noch ein Stück entfernt, aber die Tendenz ist eindeutig Die Reichen nehmen sich, was sie wollen, kaufen sich in der Politik alles, was ihnen nützt bzw. was sie reicher macht.

Gewalt ist nicht zu rechtfertigen, aber zu erklären. Will man sie zurückdrängen, müssen sich Politiker und die „Eliten“, die tatsächlich nur zum Teil asozial sind, an die eigene Nase fassen und ihr Verhalten drastisch ändern. Anders wird man die Gesellschaft nicht wieder versöhnen können.

Gerechte Gesellschaft?

Einkünfte aus Vererbung sind Individualeinkünfte, die persönlich versteuert werden müssen. Große Teile der Bevölkerung stört sich daran. Aber ein Erbe ist ein leistungsloses Einkommen und unterliegt der Einkommensteuer. Wer durch Überstunden ein höheres Monatseinkommen erziele, zahlt demzufolge auch mehr Steuern.

Besonders in einer Gesellschaft in der die Konservativen, wenn es um mehr Geld für Arbeitslose

geht betonen: „Leistung muss sich wieder lohnen“. Wenn es um Erben geht, soll dieser Maßstab nicht gelten. Obwohl keine Leistung erbracht ist, lohnt sich Erben wenn keine Steuer gezahlt werden muss.



Unsere Gesellschaft ist geprägt durch eine sehr ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung. Diese Ungleichheit verstärkt sich, wenn ererbtes Vermögen nicht der Steuerpflicht unterliegt. Wer schon ohne eigene Leistung mit einem Geldsegen belohnt wird, soll einen angemessenen Anteil an die Gesellschaft abgeben.

Nach dem zweiten Weltkrieg war der Begriff des Lastenausgleichs bekannt. Damals haben die Vermögenden (in Westdeutschland) von ihrem Reichtum abgegeben. Mit dieser Solidarität könnten wir unsere Gesellschaft auch heute etwas gerechter machen.

Kinder fördern statt Gewinne!

Mehr als ein Fünftel aller Kinder in Deutschland wächst in Armut auf. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern. Hilfen wie Kindergeldzuschlag, Bildungsförderung oder Grundsicherung kommen bei vielen nicht an. Sie kennen ihre Rechte nicht oder die Anträge sind zu kompliziert. Gleichzeitig profitieren Familien mit hohem Einkommen vom Steuerfreibetrag erheblich mehr als die anderen vom Kindergeld.



Gewerkschaften und Sozialverbände fordern daher die Einführung einer Kindergrundsicherung. Sie soll Leistungen zusammenfassen, automatisch auszahlen und bedarfsdeckend erhöhen. Dies würde etwa 12 Milliarden Euro im Jahr kosten, mindestens. SPD, Grüne und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag eine Kindergrundsicherung versprochen. Doch FDP-Finanzminister Lindner weigert sich.

Deutschland antisemitisch?

Antisemitismus ist nie aus der deutschen Gesellschaft verschwunden. Auch 78 Jahre nach dem Ende der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten sind Vorurteile über jüdische Menschen weit verbreitet. In dem Land, das den Holocaust geplant und über sechs Millionen Jüdinnen und Juden getötet hat.

Und nun, 85 Jahre nach den Novemberpogromen von 1938, wächst die immer existente Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden deutlich. Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober benötigen jüdische Einrichtungen einen noch höheren Schutz als ohnehin schon.



In der größten jüdischen Gemeinde in München, wird die jüdische Zeitung aktuell nur noch in neutralen Umschlägen an die Abonnentinnen und Abonnenten verschickt werden. Weder Postboten noch Nachbarn sollen wissen, wo Jüdinnen und Juden wohnen. Besonders bedrohlich wirkt, dass in Berlin Häuser mit jüdischen Bewohnern mit einem Davidstern markiert wurden, dem Symbol des Judentums und des Staates Israel. Häuser, in denen Juden wohnen, werden wieder markiert. Das weckt gerade in Deutschland schlimmste Erinnerungen und ist unerträglich.

Das Leben ist für Jüdinnen und Juden in Deutschland allerdings auch schon vor dem Angriff auf Israel und dem darauffolgenden Krieg im Gazastreifen unsicherer geworden. Im dritten Quartal 2023 verzeichneten die Sicherheitsbehörden 540 antisemitisch motivierte Straftaten in Deutschland, wie aus der Antwort im Bundestag hervorgeht. Das sind etwa 100 Straftaten mehr als im zweiten Quartal und fast 140 mehr als im selben Quartal des Vorjahres.

Verschiedene Umfragen erfassen antisemitische Einstellungen in Deutschland seit Jahren. Laut einer im Jahr 2022 veröffentlichten Repräsentativbefragung des Allensbach-Instituts glauben bei-

spielsweise 34 Prozent aller Deutschen, jüdische Menschen würden ihren Status als Opfer des Holocaust zum eigenen Vorteil ausnutzen. 23 Prozent meinen, dass Juden zu viel Macht in der Wirtschaft und im Finanzwesen haben, jeder Zehnte ist demnach der Auffassung, dass Juden für viele Wirtschaftskrisen verantwortlich seien – klar antisemitische Bilder. Der Statistik des Bundeskriminalamtes zu politisch motivierten Straftaten (PMK) zufolge werden die meisten antisemitischen Straftaten von Menschen aus dem politisch rechten Spektrum verübt. Von den 2.185 antisemitischen Straftaten im Jahr 2022 werden demnach über 82,7 Prozent rechten Tätern zugeordnet.

Was will die AfD?

Damit später niemand sagen kann „Das habe ich aber nicht gewusst!“ Aussagen verantwortlicher AfD Personen, die deutlich machen wie demokratiefeindlich und faschistoid die AfD ist.

„Bescheidenheit bei der Entsorgung von Personen ist unangebracht.“ > **Jörg Meuthen, AfD** – „Antifa? Ab ins KZ!“ > **Mirko Weisch, AfD, MdL** – „Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet!“ > **Marcel Grauf, Referent von Dr. Christina Baum, AfD und Heiner Merz, AfD** – „Wir sollten eine SA gründen und aufräumen!“ > **Andreas Geithe, AfD** – „Drecksack-Antifakinder bekiffter Eltern gehört eine verpasst und sie in den Dreck geworfen. Ihnen gehört gedroht, dass sie nächstes Mal unter der Erde liegen!“ > **Egbert Ermer, AfD** – „Wir müssen die Printmedien und den öffentlich-rechtlichen Propagandaapparat angreifen und abschaffen.“ > **Heiko Hessenkemper, AfD** – „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!“ > **Markus Frohnmaier, AfD** – „Wenn jemand kommt, und den ganz großen Knüppel rausholt und das damit schafft, innerhalb von zwei Tagen zu beenden, bin ich sofort dabei.“ > **Beatrix von Storch, AfD** – „Solche Menschen müssen wir selbstverständlich entsorgen.“ > **Petr Bystron, AfD** – „Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt.“ > **Faschist Björn Höcke, AfD** – „Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln.“ > **Dieter Gömert, AfD** – „Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde!“ > **Marcel Grauf, Referent von Ur. Christine Baum, AfD und Heiner Merz, AfD** – „Ich wünsche mir so sehr einen Bürgerkrieg und Millionen Tote. Frauen. Kinder. Mir egal. Es wäre so schön. Ich will auf Leichen pissen und auf Gräbern tanzen. SIEG HEIL!“ > **Marcel Grauf, Referent von Dr. Christina Baum, AfD und Heiner Merz, AfD** – „Wir müssen ganz friedlich und überlegt vorgehen, uns ggf. anpassen und dem Gegner Honig ums Maul schmieren aber wenn wir endlich soweit sind, dann stellen wir sie alle an die Wand. (..) Grube ausheben, alle rein und Lösskalk oben rauf.“ > **Holger Arppe, AfD**

Wollt Ihr diese Leute in der Regierung?

20.05.2023

Rheinmetall-Chef: 30 Prozent mehr pro Jahr

München. Der Vorstandschef des Rüstungskonzerns Rheinmetall, Armin Papperger, sieht sein Unternehmen vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs auf einem rasanten Wachstumskurs. Rheinmetall solle „zwischen 20 und 30 Prozent jährlich“ wachsen, sagte Papperger dem Magazin Focus laut Vorabmeldung vom Freitag. „Wenn ich also jedes Jahr auch zwei Milliarden Euro mehr Umsatz machen will, brauche ich Leute, Werke, Ressourcen, eine funktionierende Materialwirtschaft und vieles mehr“, erläuterte Papperger. „Zur Zeit klappt das sehr gut.“ Das Jahr 2023 „dürfte ein neues Rekordjahr für uns werden“. Allein aus dem 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögen der Bundeswehr rechnet Papperger dieses Jahr „mit einem hohen einstelligen, wenn nicht gar zweistelligen Milliardenbetrag“ für Rheinmetall. „Vieles ist schon unterschrieben“. (AFP/jW)

22.05.2023

Angriff auf Verdi-Gewerkschafter Akman

Berlin. In die Wohnung des Verdi-Vorstandskandidaten Orhan Akman ist offenbar eingebrochen und Buttersäure ausgebracht worden. Dies teilte der Gewerkschafter am Sonntag mit. Den Einbruch und den angerichteten Schaden habe er am Sonnabend bemerkt. Am Türgriff habe eine Kopie seines Schriftsatzes mit der Klage gegen das Nominierungsverfahren der für den Handel zuständigen Verdi-Abteilung gehangen. In der Wohnung seien private Ordner »durchwühlt und offen auf dem Sofa liegend« vorgefunden worden. Die Kriminalpolizei habe Spuren gesichert. Er lasse sich „weder durch kriminelle Einbrecher noch von politischen Gegnern einschüchtern“, betonte Akman. (jW)

23.05.2023

Bündnis dringt auf Kindergrundsicherung

Berlin. Ein Bündnis von 20 Verbänden hat die Debatte über die Einführung einer Kindergrundsicherung kritisiert. Es kursierten „Vorurteile und Unwissen vor allem gegenüber Eltern“, erklärte das Bündnis Kindergrundsicherung am Montag. So „gebe es keine belastbaren empirischen Belege, dass finanzielle Leistungen des Staates für Kinder nicht bei den Kindern ankommen“. Auch die zu erwartenden Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe seien kein stichhaltiges Argument gegen die Kindergrundsicherung, erklärte das Bündnis. Der Staat habe genug Möglichkeiten, das Vorhaben zu finanzieren, etwa durch die Abschaffung des Ehegattensplittings oder die Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer. (AFP/jW)



← Kurz notiert →

24.05.2023,

„Reichsbürger“-Razzia: Weitere Festnahmen

Karlsruhe/Berlin. Die Zahl der Beschuldigten rund um die Großrazzia in der „Reichsbürger“-Szene vor knapp einem halben Jahr ist auf 63 gestiegen. Dazu zählen drei am Montag abend festgenommene Verdächtige aus Baden-Württemberg und Niedersachsen, wie ein Sprecher der Bundesanwaltschaft am Dienstag in Karlsruhe sagte. 25 der Männer und Frauen aus der Gruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß als einem der mutmaßlichen Rädelsführer sind den Angaben zufolge in Untersuchungshaft. Nach Informationen der obersten Anklagebehörde in Deutschland waren am Montag eine Frau im Bodenseekreis, ein Mann im Landkreis Freudenstadt sowie ein Mann im Landkreis Harburg festgenommen worden. Dem Trio werde – so wie den meisten der Beschuldigten – die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen, so die Bundesanwaltschaft. (dpa/jW)



24.05.23

15.000 Anträge unbearbeitet

Neue Windkraftprojekte scheitern in Deutschland nicht nur an wehrigen Bürgerinitiativen, sondern auch an der Bürokratie. Allein bei der nordwestdeutschen Regionalniederlassung der Autobahn GmbH sind vermutlich 15.000 Anträge auf Genehmigungen für Transporte von Windradbauteilen bislang unbeantwortet geblieben. Das meldet eine Zeitung. Die Autobahn GmbH widersprach den Zahlen nicht, dementierte aber die Behauptung der Zeitung, das bundeseigene Unternehmen nehme keine neuen Anträge für Schwertransporte mehr an. Ein Firmensprecher erklärte zudem, man wolle den Prüfprozess bundesweit vereinfachen und beschleunigen. Derzeit könne es noch „aufgrund der gestiegenen Anhörungszahlen zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen kommen“. Laut Zeitung sind für einen Transport von Windradbauteilen derzeit 150 Genehmigungen erforderlich.

Treffen Einfalt und Gründlichkeit
zusammen, entsteht Verwaltung.

Oliver Hassenkamp

22.9.23

Harte Strafe gegen Aktivistin der „Letzten Generation“

Eine 41-jährige Aktivistin der Klimaschutzgruppe Letzte Generation ist wegen Beteiligung an drei Straßenblockaden von einem Berliner Amtsgericht zu acht Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Dem Netzwerk zufolge ist es die bislang höchste Haftstrafe gegen ein Mitglied wegen Sitzblockaden. Das Amtsgericht begründete sein Urteil auch damit, dass die Beschuldigte angekündigt hatte, sich erneut an Straßenblockaden zu beteiligen. Die Anklage hatte nur eine Geldstrafe von 1350 Euro gefordert. afp

19.9.23

Amnesty: Unterdrückung von Protesten auch in Deutschland

Amnesty International sieht die Versammlungsfreiheit in Deutschland durch pauschale Versammlungsverbote, Präventivhaft und gewaltsame Polizeitaktik eingeschränkt. Eine gestern veröffentlichte Online-Weltkarte der Menschenrechtsorganisation zeigt, wie Staaten gegen Demonstrierende vorgehen. Weltweit sei ein Anstieg staatlicher Unterdrückung zu verzeichnen, stellte Amnesty fest. Auch Deutschland ist in der „Protest Map“ aufgelistet. Die Karte führt auch repressive Gesetze und Polizeigewalt als Einschränkungen der Versammlungsfreiheit hierzulande auf. (dpa)

30.8.23

Rotes Kreuz in Afghanistan gibt 25 Kliniken an Taliban ab

Angesichts fehlender Finanzierung will das Rote Kreuz in Afghanistan die Verantwortung für 25 Kliniken an die militant-islamistischen Taliban abgeben. „Wir übergeben diese Verantwortung jetzt an die Behörden“, schrieb Eloi Fillion, Leiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Afghanistan, am Dienstag auf der Plattform X. Ein Sprecher des Taliban-Gesundheitsministeriums bestätigte die Übergabe zum Monatsende. dpa

BRANDENBURG

14.7.23

Lehrer gehen nach rechten Anfeindungen

BRG. Der Rückzug zweier Lehrer von ihrer Schule im Spreewald wegen rechter Anfeindungen hat in Brandenburg für Bestürzung gesorgt. Neben strafrechtlichen Ermittlungen soll der Kampf gegen Rechtsextremismus verstärkt werden. Es dürfe keinen Ort geben, in dem „Rechte Ängste schüren und Andersdenkende vertreiben wollen“, sagte Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD). Die Lehrer hatten im April öffentlich gemacht, dass sie an ihrer Schule täglich mit Rechtsextremismus, Sexismus und Homophobie konfrontiert seien. Danach waren sie mit Aufklebern und in einem sozialen Netzwerk angefeindet und bedroht worden. (dpa)

22.9.23

BRD braucht halbe Million neue Lehrer

Berlin. Mit dem erwarteten Anstieg der Zahl von Schülerinnen und Schülern in den kommenden Jahren in Deutschland wächst auch der Bedarf an neuen Lehrern. Laut der Gewerkschaft Bildung und Wissenschaft (GEW) werden bis 2035 mehr als eine halbe Million neue Lehrer benötigt, wie *Bild* am Donnerstag berichtete. Die Leiterin des GEW-Organisationsbereichs Schule, Anja Bensing-Stolze, erklärte demnach, bereits heute fehlten mindestens 40.000 Lehrkräfte. (AFP/W)



28.11.23

Zitat des Tages

Wir leben in einer Klassengesellschaft, und in der gibt es entgegengesetzte Interessen. Nur hat schon länger niemand mehr die Interessen der arbeitenden Klasse als Ganzes adressiert. Das ist auch ein Versagen der SPD.

Svenja Appuhn, neue Kopsprecherin der Grünen Jugend, gegenüber dem *Spiegel* (Onlineausgabe Donnerstag abend)



14.10.23

»Stuttgart 21« wird später fertig und noch teurer

Stuttgart. Das Bahnprojekt »Stuttgart 21« verzögert sich einem Medienbericht zufolge weiter und wird noch teurer. Der Bahnhof werde voraussichtlich auch im Jahr 2025 noch nicht in vollem Umfang in Betrieb genommen werden können, berichtete der *Spiegel* am Freitag unter Verweis auf interne Dokumente der Deutschen Bahn (DB). Außerdem steigen demnach die Gesamtkosten um weitere 614 Millionen Euro auf 9,76 Milliarden Euro. Eine DB-Sprecherin erklärte auf Anfrage, es werde angesichts der »starken Inflation im Baubereich« eine Überprüfung der »Kosten- und Terminplanung für Stuttgart 21« geben. (AFP/W)

Vor 90 Jahren Demokratie vernichtet

Sie demolierten die Büros, vernichteten Akten, misshandelten Gewerkschafter, verhafteten Funktionäre. Es gab Todesopfer- und es regierte die Angst. Der 2. Mai 1933 war ein Dienstag. Der Überfall auf die Gewerkschaftshäuser und Arbeiterheime war von langer Hand geplant. Am 21. April hatte Robert Ley, Stabsleiter der NSDAP, die Gleichschaltungsaktion in ihren Einzelheiten angewiesen. Am 1. Mai herrschte vermeintlicher Burgfrieden im Nazi-Land. Den Feiertag der Arbeiterbewegung hatte sich die Bewegung zu eigen gemacht. „Tag der nationalen Arbeit“ hieß der 1. Mai nun - und er wurde als nationalsozialistische Massenveranstaltung zelebriert.

Mit dabei waren Gewerkschafter, die noch zu retten glaubten, was hinterrücks längst verloren war. Denn schon Mitte April hatten Hitler und Goebbels die Zerschlagung der freien Gewerkschaften beschlossen.



Lange vor dem 2. Mai 1933 hatte das Unheil begonnen. In Hagenow/Mecklenburg-Vorpommern wurde bereits am 10. Juli 1932 das Gewerkschaftshaus von schwer bewaffneten Nazis gestürmt. Es gibt mehrere Tote und Verletzte. Keine Woche später in Halle/Saale: 100 Nazis überfallen das Gewerkschaftshaus. Es gibt vier Verletzte, zwei davon schwer. In Liegnitz wirft am 1. August 1932 ein Unbekannter eine Handgranate, einen Tag zuvor hatten Nazis in Eisleben das Volkshaus überfallen. Mit Stahlruten und Messern gingen sie auf ihre Opfer los. Und wie reagierte der Staat? Er war dem politischen Terror gegenüber hilflos.

Es besteht die Gefahr, dass sich die Geschichte wiederholen kann. Die Zahl der rechts Orientierten nimmt zu. Die AfD ist die Brutstätte der faschistoiden Tendenzen. Und der Staat gefangen in seinen demokratischen Spielregeln, scheint hilflos zu sein. Auch deshalb, weil ein beachtlicher Teil der Bürger wenig für die Demokratie empfinden und lieber einen starken Mann wollen, der ihnen sagt was sie zu denken haben. Selbst denken und sich demokratisch zu engagieren, ist schwieriger.

Ein aufrechter Demokrat!

Nach der Machtübernahme der NSDAP am 30. Januar 1933, der Reichstagswahl am 5. März 1933 und der ersten Verhaftungswelle übernahm Otto Wels es am 23. März 1933, für die SPD die Ablehnung des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz) zu begründen, welches die nationalsozialistische Diktatur etablierte.



Otto Wels

Er tat dies trotz der bereits einsetzenden Verfolgung und der Anwesenheit von SA-Männern im Saal mit einer klaren Absage an den Nationalsozialismus. In dieser letzten freien Rede im Deutschen Reichstag sagte er: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Laut einer Jahrzehnte später von Willy Brandt getätigten Aussage hatte Wels bei dieser Rede nicht nur sein Redemanuskript bei sich, sondern auch eine Giftampulle für den Fall, dass er noch während der Sitzung verhaftet werden sollte.

Von den 120 SPD-Abgeordneten, die gegen das Gesetz stimmten, waren nur noch 94 anwesend. Viele waren bereits verhaftet oder auf der Flucht. Die 81 Mandate der KPD waren aufgrund der nach dem Reichstagsbrand erlassenen *Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat* durch die Hitlerregierung bereits am 8. März annulliert worden. Die restlichen Abgeordneten des Reichstags stimmten für das Ermächtigungsgesetz. Darunter auch die katholische Zentrumspartei.

Die Moorsoldaten

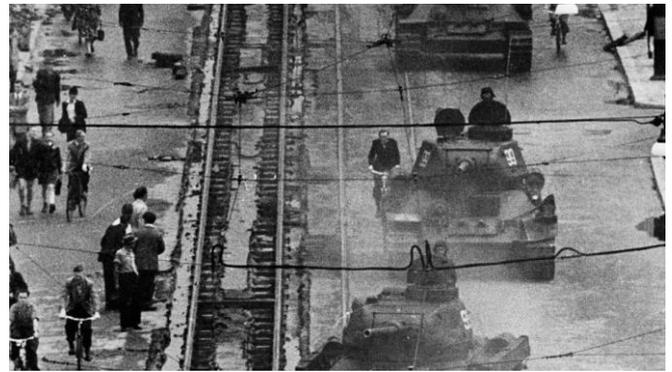
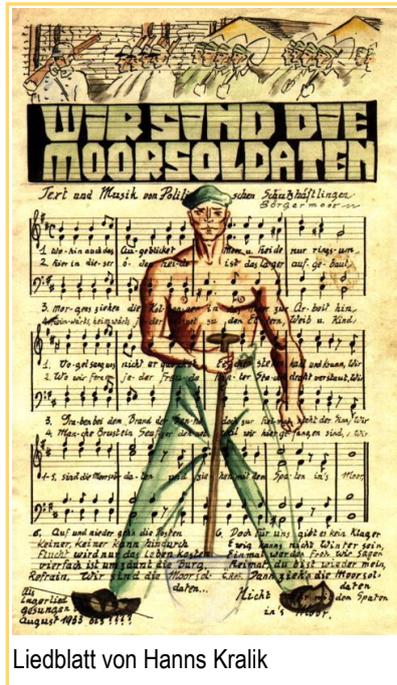
Vor 90 Jahren schrieb Johann Esser das Lied „Wir sind die Moorsoldaten“ eines der berühmtesten Widerstandslieder gegen Verfolgung und Unterdrückung. Die Melodie komponierte Rudi Goguel im Jahr 1934.

Johann Esser wurde in Wickrathhahn bei Mönchengladbach geboren und wuchs in einem Waisenhaus auf. Nach seiner Schulzeit arbeitete er zunächst als Weber. Während des Ersten Weltkrieges wurde Esser zur Infanterie eingezogen und schwer

Weiter nächste Seite

verwundet. Anschließend arbeitete er als Bergarbeiter im niederrheinischen Braunkohlegebiet, wurde Gewerkschaftsmitglied und trat der KPD bei. Inspiriert durch die frühe Arbeiterdichtung, verfasste er Gedichte und Geschichten aus der Welt der Arbeit und des Klassenkampfes.

1933 wurde Esser, Kommunist und Gewerkschafter, nach dem Reichstagsbrand in „Schutzhaft“ genommen und wegen Hochverrats angeklagt. Im Konzentrationslager Börgermoor bei Papenburg im Emsland verfasste er zusammen mit Wolfgang Langhoff den Text des Liedes von den Moorsoldaten.



Sowjetpanzer durchfahren die Menschenmenge.
© picture alliance / akg-images

ziehen sich von der Straße weg auf Trümmergrundstücke. Von dort wird mit Steinen auf die Panzer geworfen. Um elf Uhr sind drei junge Arbeiter auf das Brandenburger Tor geklettert und holten unter dem Jubel der Menge die rote Fahne der Besatzungsmacht herunter und ziehen die schwarz-rot-goldene auf.



Es ging um mehr als Arbeit: Aufständische haben die Rote Fahne vom Brandenburger Tor geholt, um sie zu zerreißen.
© akg-images/picture-alliance

Volksaufstand 17. Juni 1953 in der DDR

Niemand rechnete damit, vor allem nicht die SED-Spitze: Ein Volksaufstand versetzte die DDR im Juni 1953 in Revolutionsstimmung. Es ist der 17. Juni 1953, als in der Leipziger Straße die Parolen, die aus Tausenden Kehlen erschallen, nicht mehr um die Erhöhung der Arbeitsnormen, die die Wut zum Überkochen gebracht hatte. Entgegen den Behauptungen der von den Aktionen vollkommen überraschten Spitzenfunktionäre hat es keine heimliche Regie von „Konterrevolutionären“ gegeben, was die „Volkserhebung“ für die Regierenden noch unheimlicher machte.

„Berliner reiht euch ein, wir wollen keine Sklaven sein“, reimt ein Teilnehmer mit seiner Fußgruppe, die immer größer wird. Längst geht es um viel mehr als um soziale Unzufriedenheit. Jetzt geht es buchstäblich ums Ganze, um eine Absetzung der Regierung, um freie Wahlen, um Demokratie, letztlich also um den Fortbestand des sowjetischen Machtbereichs.

Ein halbes Dutzend T-34-Panzer in kriegsmäßiger Ausrüstung fahren rücksichtslos durch die Menschenmauern hindurch, es ist glücklicher Zufall, dass niemand überfahren wird. Demonstranten

Bis zum Abend sind der Alexanderplatz und der Potsdamer Platz buchstäblich leer geschossen. Lange hatte die DDR-Propaganda den 17. Juni als ein auf Berlin und Umgebung beschränktes regionales Phänomen runterzuspielen versucht. Dabei hatten gerade in den Industriezentren ArbeiterInnen das Zeichen zum Aufbruch gegeben: 60.000 in Halle, jeweils 50.000 in Leipzig und Görlitz, 40.000 in Bitterfeld. Rund eine Million Menschen beteiligten sich zwischen dem 16. und 21. Juni in mehr als 700 Städten und Gemeinden an Streiks, Demonstrationen oder Kundgebungen. In mehr als tausend Betrieben ruhte die Arbeit. Mehr als 150 öffentliche Gebäude wurden gestürmt und zum Teil verwüstet, darunter Kreisdienststellen der Stasi, Bezirksleitungen der SED und Reviere der Volkspolizei.

Über die tatsächliche Opferzahl herrschte lange Unklarheit. Sie wurde im Westen stets höher veranschlagt, auf bis zu 125 Menschen. Im Rückblick geht man heute von mindestens 55 Getöteten aus. 35 Aufständische wurden erschossen, weitere acht überlebten ihre Haft nicht. Durch sowjetische Mili-

Weiter nächste Seite

tärtribunale und DDR-Gerichte wurden insgesamt sieben Todesurteile vollstreckt. Auf der Gegenseite kamen fünf Polizisten und Funktionäre ums Leben. Aktenkundig ist, dass in der gesamten „Ostzone“ 6.325 „feindlich-negative Kräfte“ inhaftiert wurden, zum Teil jahrelang.



Steine gegen Panzer: Mindestens 35 Menschen werden bei dem Aufstand erschossen. © IMAGO/Olaf Schuelke

Als am 17. Juni 1953 die Arbeiter selbst gegen den „Arbeiter- und Bauernstaat“ demonstrierten, mancherorts Parteihäuser stürmten und Gefängnistore sprengten, war die Führung der DDR nicht mehr Herr der Lage. Einerseits kam sie mit ihren Mitteln gegen die Volkswut nicht an, andererseits nahm ihr die Sowjetunion sogleich das Heft aus der Hand. Auf Weisung Moskaus erklärte die Armee den Ausnahmezustand und stellte die „sozialistische Ordnung“ mit einer Entschiedenheit wieder her, die den ostdeutschen Staat fast 35 Jahre vor einem weiteren Aufstand bewahrt hatte.

Vor 50 Jahren wurde Pablo Neruda ermordet!



In seinen Gedichten lebt er weiter: Bildnis des chilenischen Literaturnobelpreisträgers Neruda.

Knapp 50 Jahre nach dem Tod Pablo Nerudas hat ein internationales Team von Forensikern festgestellt, dass der chilenische Poet und Literaturnobelpreisträger an einer Vergiftung gestorben ist. Laut der bisherigen offiziellen Version soll Neruda am 23. September 1973 – zwölf Tage nach dem von der CIA

im Auftrag der US-Regierung initiierten Putsch Augusto Pinochets gegen die Linksregierung des Präsidenten Salvador Allende –, nur wenige Stunden bevor ein Flugzeug ihn ins mexikanische Exil bringen sollte, in einer Klinik in Santiago an Prostatakrebs gestorben sein.

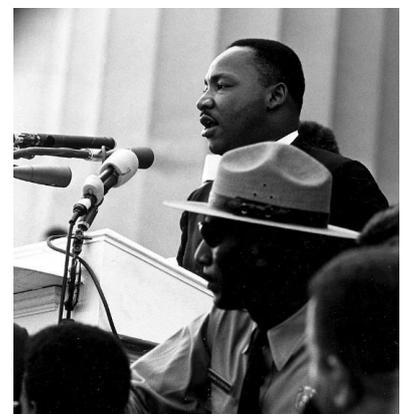
Sein früherer Sekretär und Fahrer Manuel Araya hatte dagegen ausgesagt, dass dem prominenten Gegner der faschistischen Junta auf Befehl der US-Regierung, dort eine tödliche Spritze verabreicht worden sei. Nun ist es Gewissheit, dass Neruda, der auch Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chiles war, ermordet wurde.

Pablo Neruda war einer der international prominentesten Fürsprecher der chilenischen Volksfrontregierung (Unidad Popular) und ein ernstzunehmender Gegenspieler der faschistischen Putschgeneräle. Der Anwalt Eduardo Contreras, hatte vor der Exhumierung im Jahr 2013 als Motiv für einen möglichen Mord vermutet, dass Nerudas Flucht nach Mexiko verhindert werden sollte. Von dort aus hatte er den weltweiten Widerstand gegen die Diktatur in seiner Heimat organisieren wollen. Wegen seiner internationalen Reputation und seines Einflusses wäre Neruda im Exil sowohl für Diktator Pinochet und seine Junta als auch für die USA, deren Geheimdienste den Staatsstreich vorbereitet und unterstützt hatten, eine Bedrohung gewesen, erklärte Contreras. Rodolfo Reyes sagte damals aus, dass seine Mutter bereits kurz nach dem Tod Nerudas zu ihm gesagt habe: „Sie haben deinen Onkel ermordet.“

Marsch für Arbeit und Freiheit

In den USA demonstrierten im Jahr 1963 Tausende für Arbeit und Freiheit. Als Reaktion legte der US-Präsident Kennedy auf die anhaltenden Demonstrationen am 19. Juni 1963 dem US-Kongress eine Gesetzesvorlage (Civil Rights Act) zur weitgehenden landesweiten Gleichberechtigung vor. Im Sommer 1963 wurde innerhalb von vier Monaten 841 Mal in 196 Städten demonstriert.

Am 22. Juli trafen Führer mehrerer Schwarzenbewegungen mit dem Präsidenten im Weißen Haus zusammen, wo Kennedy versuchte, Martin Luther King und die anderen davon zu überzeugen, dass der geplante *Marsch auf Washington für Arbeit und*



Martin Luther King bei seiner „I Have a Dream“-Rede

Weiter nächste Seite

Freiheit in Washington, D.C. angesichts der Gesetzesvorlage zu einem ungünstigen Zeitpunkt komme. Doch King wollte die Demonstration wie geplant verlaufen lassen. Der Marsch sollte nochmals, diesmal in der Landeshauptstadt, die Massen für Probleme der Schwarzen sensibilisieren und konservative Politiker zu einem Einlenken bewegen.

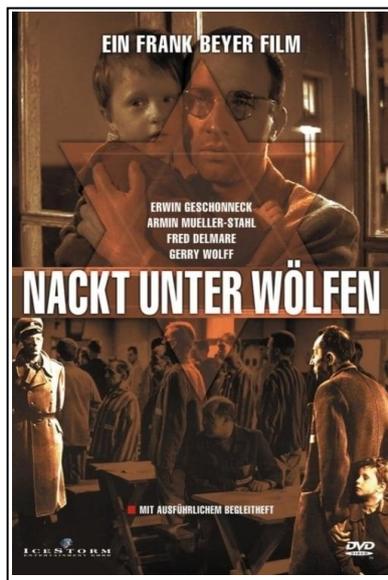
An der friedlichen Demonstration am 28. August 1963 beteiligten sich mehr als 250.000 Menschen, darunter 60.000 Weiße und neben King sechs weitere schwarze Führer, auch um die Bürgerrechts-Gesetzgebung Präsident Kennedys zu unterstützen. Hier hielt King seine bekannteste Rede, die unter dem Titel *I Have a Dream* in die Geschichte eingegangen ist. Nach dem Marsch auf Washington begann FBI-Chef Hoover, King und andere Bürgerrechtler intensiv bespitzeln zu lassen.

Nackt unter Wölfen

Uraufführung des DEFA-Films „Nackt unter Wölfen“ nach dem Roman von Bruno Apitz im Berliner Colosseum

Der Roman spielt im Zeitraum Februar bis April 1945 im Konzentrationslager Buchenwald. Ein jüdischer Häftling schmuggelt – in einem Koffer – ein etwa dreijähriges Kind ins Lager. Das illegale Internationale Lagerkomitee (ILK), eine aus Kommunisten verschiedener Nationalitäten bestehende Widerstandsgruppe, beschließt, das Kind mit einem Transport in ein anderes Lager gehen zu lassen.

Die Häftlinge Höfel und Kropinski, die in der Effektenkammer arbeiten, führen diesen Beschluss jedoch nicht aus und verstecken das Kind. Seine Entdeckung durch die SS hätte unweigerlich die Ermordung des Kindes und auch derer, die sein Leben bewahren wollen, zur Folge. Erst wird es in der Kleiderkammer, dann in einer Seuchenbaracke versteckt. Später wird es in einem Schweinekoben untergebracht.



Kennedy ermordet!

Wer glaubt, was 60 Jahre zurückliegt sei nicht mehr aktuell, der irrt sich gewaltig - vor allem, wenn es sich um ein Ereignis in den USA handelt. Am 22. November 1963 hielt die ganze Welt den Atem an, als der Präsident der USA ermordet wurde.

Erst 46 Jahre alt, noch nicht einmal, drei Jahre in seinem Amt, wurde einer der wohl populärsten, anerkanntesten Präsidenten der USA, John Fitzgerald Kennedy, umgebracht. Bei einem Besuch in der Stadt Dallas wurde er - der im Auto mit seiner Frau durch die Stadt, durch das Spalier begeisterter Menschen fuhr - aus dem fünften Stock eines Schulbuchlagers in der Elm Street erschossen.



Ein angeblicher Einzeltäter, Lee Harvey Oswald, gab mehrere Schüsse ab, die den Präsidenten trafen. Zu Kennedys Beisetzung kamen mehr als einhundert Staatsmänner aus aller Welt - von Charles de Gaulle bis Anastas Mikojan.

Zwar war Kennedy keineswegs ein liberaler Politiker, dennoch war er angesichts des politischen Kräfteverhältnisses bemüht, eine Politik des Übergangs von der Konfrontation zur Kooperation der Mächte zu betreiben.

Die Hintergründe seiner Ermordung blieben bis heute ungeklärt, da der Attentäter einige Tage später, als er aus dem Rathaus von Dallas ins ausbruchssichere Distrikt-Gefängnis überführt werden sollte, von dem Nachtclubbesitzer (!) Jack Rubinstein erschossen wurde. Dessen Erklärung: Jacqueline, Kennedys Witwe, sollte davon verschont bleiben, an einem Prozess gegen den Mörder teilzunehmen.

Das Einzige, was heute klar ist und immer wieder neu bekräftigt wird: Die einzigen Gewinner dieses Verbrechens waren die Milliardäre der Rüstungsindustrie, die auch die Gewinner der Bush-Verbrechen sind.

Wenn irgendwo zwischen zwei Mächten ein noch so harmlos aussehender Pakt geschlossen wird, muss man sich sofort fragen, wer hier umgebracht werden soll.

Otto von Bismarck

Pfandschlupf bringt Gewinne

Der Pfandschlupf bezeichnet die Summen der Einwegflaschen und Dosen, für die Pfand bezahlt wurde, die aber nach dem Verzehr nicht zurückgegeben wurden. Durch den Pfandschlupf haben Einwegabfüller und Einzelhandel 2015 circa 180 Millionen Euro eingenommen. Seit Einführung des Pfandsystems bis ins Jahr 2015 summierten sich die Einnahmen aus dem Pfandschlupf auf mindestens 3,5 Milliarden Euro.

In Deutschland wurden bis 2006 etwa 10 % der ausgegebenen pfandpflichtigen Getränkeverpackungen nicht wieder eingelöst. Der entsprechende Pfandwert betrug 2005 1,2 Milliarden Euro. Nach Expertenschätzungen soll sich der Pfandschlupf durch die Vereinfachung auf 5 % halbiert haben.

Für das Jahr 2012 geht das Umweltbundesamt etwa von einer Rücklaufquote von 95,9 % aus. Seit der gesetzlichen Einführung des Pfandes in Deutschland im Jahre 2003 habe sich der Schlupf allein für den Einwegpfand bis heute (Februar 2017) auf mehr als 3,5 Milliarden Euro summiert.



Das Verfahren läuft folgendermaßen ab: Der Abfüller belastet seinen Kunden (Großhändler) mit 25 Cent pro Gebinde, der diese Gebühr in der Handelskette über Zwischenhändler weiter bis zum Endkunden durchreicht. Bei der Rückgabe wird (über einen registrierten Code auf der Dose oder Flasche) das Geld von die Deutsche Pfandsystem GmbH an den letzten Händler ausgezahlt. Der Einzelhändler muss seinem Lieferanten den Pfand bezahlen und bekommt ihn vom Kunden als Teil des Kaufpreises wieder zurück. Der mit dem Pfandschlupf erzielte Gewinn verbleibt als Einnahme beim Abfüller.

Von Niederlande lernen!

Ab 2020 darf in den Niederlanden auf Autobahnen tagsüber von 6 bis 19 Uhr nur noch mit 100 Stundenkilometern gefahren werden. Forscher erwarten folgende Konsequenzen: Es wird weniger Zusammenstöße



und weniger Tote und Verletzte geben. Die Fahrer werden Geld sparen, weil ihre Autos weniger Treibstoff Verfeuern. Den Auspuffen entweichen weniger gesundheits-schädliches Stickstoffdioxid und



weniger vom Klimagas Kohlendioxid. Die Reichweite von E-Autos steigt. Die Lärmbelastung für Anwohner sinkt. Der Stresslevel auf der Straße nimmt ab. Trotzdem werden viele Fahrer früher zu Hause sein, denn der Verkehrsfluss wird sich spürbar verbessern. Langsamere Autos brauchen weniger Sicherheitsabstand, es passen mehr von ihnen auf die vollen Straßen. Das einheitlichere Tempo führt zudem dazu, dass weniger Überholvorgänge und Bremsmanöver nötig sind - und das wiederum reduziert die Zahl der nervtötenden Phantomstaus.

Alle fahren langsamer. Alle profitieren. Aber natürlich sind nicht alle zufrieden. Auch in den Niederlanden wollen manche Fahrer auf der Straße vor allem ihre Freiheit ausleben. Diese Leute hat die Regierung in Den Haag jetzt auf eine Weise duiert, die in Deutschland nicht vorstellbar ist. Aber allzu wütend sollten die Schnellfahrer nicht sein: Ihnen bleibt ja immer noch die deutsche Autobahn.

Computer in der Arbeitswelt

Der Anteil von Tätigkeiten, die heute schon potenziell von Computern erledigt werden können, beträgt laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Bereich ...

Fertigung	83,8 %
Verkehr und Logistik	57,5 %
Landwirtschaft	48,7 %
IT	42,4 %
Bau	38,4 %
Medizin	23,4 %
Soziale und kulturelle Dienstleistungen	13,0 %

Quelle: IAB, Juli 2021

Hans Böckler Stiftung

Das Sonnensystem

Um sich die Reihenfolge der Planeten unseres Sonnensystems zu merken, gibt es eine sog. Eselsbrücke. „*Mein Vater erklärt mir jeden Sonntag unseren Nachthimmel.*“

Mein	Vater	Erklärt	Mir	Jeden	Sonntag	Unseren	Nachthimmel
e	e	r	a	u	a	r	e
r	n	d	r	p	t	a	p
k	u	e	s	i	u	n	t
u	s			t	r	u	u
r				e	n	s	n
				r			

Sternwarte-Kraichtal

Wer nun glaubt, er könne durch praktizierte Faulheit das Klima retten, der irrt. Videospiele oder Fernsehen, womit sich Couch-Potatoes die Langeweile vertreiben, färben nämlich die vermeintlich positive Klimabilanz gleich wieder tiefrot.

Quelle: Einstein für Quanten-Dilettanten

Es gibt keinen Weg zum Glück. Glücklich sein ist der Weg.

Budda

Wie viel CO₂ atmet ein Mensch aus?

Kohlenstoffdioxid, kurz CO₂, hat derzeit keinen guten Ruf. Zwar verdanken wir dem Gas, dass wir die Erde bewohnen können, denn es sorgt für einen natürlichen Treibhauseffekt, der die Temperaturen auf der Erdoberfläche in erträglichen Grenzen hält. Andererseits aber gilt vom Menschen in die Atmosphäre eingebrachtes CO₂ als Hauptursache für den globalen Klimawandel.



Dabei muss man gar nicht die exzessive Verbrennung von fossilen Energieträgern im Blick haben, das Gas entsteht auch bei einem ganz alltäglichen Vorgang, dem Atmen. Mit jedem Liter Luft, den wir ausatmen, stoßen wir etwa 40 ml CO₂ aus. Über das Jahr betrachtet, kommt da einiges zusammen, wie viel genau, hängt vom Grad der körperlichen Aktivität ab. Lügen wir ein Jahr lang nur auf der Couch, schläge das mit rund 170 kg CO₂ zu Buche. Demgegenüber würden wir 2t an CO₂ in die Atmosphäre blasen, wenn wir das Jahr mit kontinuierlichem Marathonlauf verbrächten.

Wann friert der Rhein zu?

Er ist Deutschlands mächtigster Strom und ein Mythos: der Rhein, bisweilen liebevoll „Vater Rhein“ genannt. Besonderes Aufsehen erregt er natürlich, wenn er streckenweise zufriert. Das fand immerhin 14-mal in den vergangenen 230 Jahren vor. Da konnte man an verschiedenen Stellen den Fluss zu Fuß überqueren, ohne dafür eine Brücke zu benutzen. Das bislang letzte Mal war dies 1963 möglich. Im Westen Deutschlands müssen dafür über lange Zeit sibirische Verhältnisse herrschen, nur dann vereisen die großen Wassermassen des Flusses.



Frank Sirocko von der Universität Mainz hat herausgefunden, wann das jeweils der Fall war: meist, wenn die Sonnenaktivität auf ein absolutes Minimum schrumpfte. Dann sendet unser Zentralgestirn weniger ultraviolette Strahlung aus, sodass sich die Erdatmosphäre abkühlt. Das bedeutet nicht, dass weltweit die Temperaturen in den Keller gehen. Aber die atmosphärische Zirkulation verändert sich und statt milder Luftmassen vom Atlantik stößt häufiger arktische Kaltluft nach Mitteleuropa vor. Auf Island oder Grönland kann es dann sogar wärmer werden, während wir lange und extrem frösteln.

Aus: Einstein für Quanten-Dilettanten

Fakten rund ums Radeln

Fakt 1: Raser im Sattel aufgepasst im spanischen Katalonien! Denn in jener Region ist die Höchstgeschwindigkeit für Radfahrer auf 40 Kilometer pro Stunde begrenzt. Wer jetzt denkt: lustig, schaff ich sowieso nicht, dem sei gesagt - dieser Richtwert gilt ebenso bergab.



Fakt 2: Die gute alte Zentripetalkraft - bereits im 19. Jahrhundert waren sich Wissenschaftler dieser bewusst und warnten daher vor dem „*Fahrradgesicht*“. Der Fahrtwind könnte unter Umständen das Antlitz verzerren und verformen. Ein kostenfreies Lifting sozusagen. Bislang sind allerdings keine Fälle bekannt, in denen das „*Fahrradgesicht*“ tatsächlich eingetreten ist.

Fakt 3: Sportlich waren manche Fallschirmspringer im Zweiten Weltkrieg gleich doppelt. Nicht nur schwangen sie sich durch die Lüfte, sondern mit festem Boden unter den Füßen auf's klappbare Militärfahrrad.

Fakt 4: Hände an den Lenker! Vor allem in New York. Denn das freihändige oder freifüßige Fahrradfahren wird in Big Apple mit einer Geldbuße mit bis zu 50 Dollar bestraft. Also Hände und Füße brav an Lenker und auf den Pedalen lassen.



Fakt 5: Fahrradfahren verboten? Wo gibt es denn sowas? Auf der Nordseeinsel Helgoland. Sowohl das Fahrrad- als auch das Autofahren sind dort per Gesetz untersagt.



Helgoland

Das hat gleich mehrere Gründe: Zum einen wegen des begrenzten Platzes in den engen Straßen. Zum anderen würden die nötige Verkehrsbeschilderung das Landschaftsbild verschandeln. Ausnahmen bestätigen allerdings die Regel: Kinder dürfen in den Wintermonaten mit dem Fahrrad über die Insel flitzen.

Fakt 6: „*Schnellaufmaschine*“ wurde das erste Fahrrad genannt. Entwickelt bereits 1817 in Preußen. Seinen Durchbruch hatte es jedoch erst einige Jahre später. Grund: Verbot des „*Turnens und der körperlichen Ertüchtigung auf der Straße*“.



„Blau machen“ kommt daher, dass Färbergesellen nichts zu tun hatten. Meist musste die frisch gefärbte, blaue Wolle einen Tag trocknen.
eurotops.de

Um Wolle blau zu färben, mussten die Gesellen bis zum Ende des 16. Jahrhunderts viel Bier trinken und Zeit mitbringen. Nur eine chemische Verbindung von Urin und dem Wildkraut Färberwaid erzeugte damals den blauen Farbstoff. Nachdem die Wolle in der Mixtur für mehrere Stunden lag, musste der Stoff draußen trocknen. Dabei nahm dieser langsam die blaue Farbe an, während die Gesellen leicht angetrunken in der Sonne lagen.

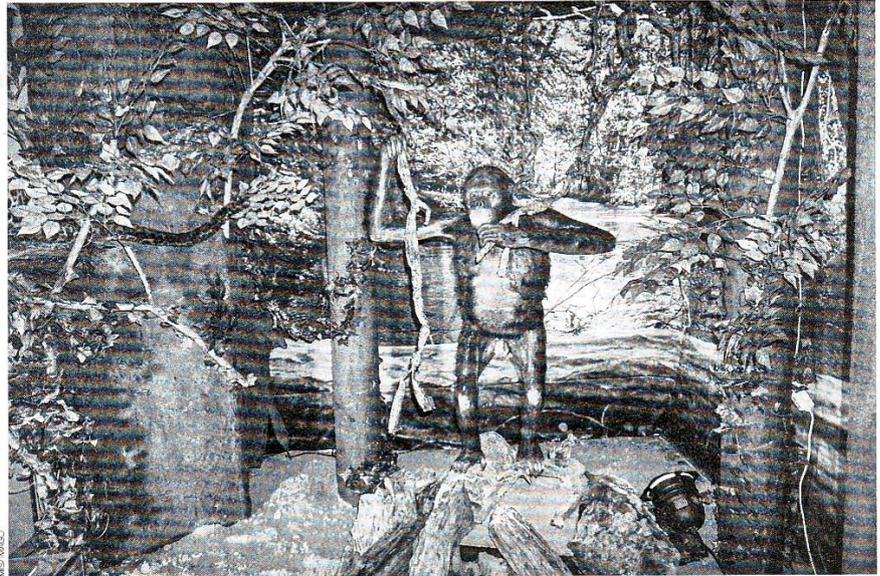
Impressum – Herausgeber: **Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg e.V.**
Hoferstr. 8 - 71638 Ludwigsburg V.i.S.d.P: Martin Zahner
Redaktion: Anne Jeziorski, Bernd Steuer, Martin Zahner, Werner Hillenbrand
Layout: Werner Hillenbrand **Druck:** INFO & IDEE Ludwigsburg
Die Zeitung wird kostenlos abgegeben!

Unterhaltung und Humor hat, wer trotzdem lacht!

„Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir mit dem Ball etwas tun müssen.“

Bruno Labbadia, VfL-Trainer, über die Auswärtspartie in Nürnberg.

Aus den »Wolfsburger Nachrichten«



Als der Mensch begann, aufrecht zu gehen, hatte er die Hände frei, um Smartphones und Maschinengewehre zu bedienen



Ein Mann fragt seinen Freund: „Was ist der Unterschied von kostenlos und umsonst?“
Der Freund: „Habe keine Ahnung.“

„Ganz einfach, bei mir war der Schulbesuch kostenlos und bei dir umsonst!“

Artenschutzprogramm

Der frühere, bis zu seinem Lebensende heimlich weiter amtierende Bundespräsident und Pfarrer Gauck hat ein neues Artenschutzprogramm gefordert. Geschützt werden soll die gefährdete Spezies der Rechtskonservativen. Man soll gefälligst tolerant sein zu ihnen, weil sie so empfindlich sind. Man erkennt sie übrigens daran, dass sie überhaupt nicht tolerant sind, vor allem, wenn sie regieren.

Aus: Deutsche Einheit(z)-Textdienst

Der Tierarzt ruft bei Herrn Meier an:

„Ihre Frau ist mit Ihrer Katze da und bat mich, sie einzuschläfern. Ist das in Ordnung?“

„Klar, und die Katze können Sie raussetzen, sie kennt den Heimweg.“

Dentale Irrtümer aufgeklärt

Selbst eingefleischte Vegetarier halten Zahnfleisch für unbedenklich.

In der italienischen Küche zählt Zahnpasta nicht zu den Nudelgerichten.

Zahnwurzeln, gefüllt oder ungefüllt, eignen sich nicht als Gemüsebeilage.

Auf Zahnbeinen kann man nicht gehen, wohl aber auf dem Zahnfleisch.

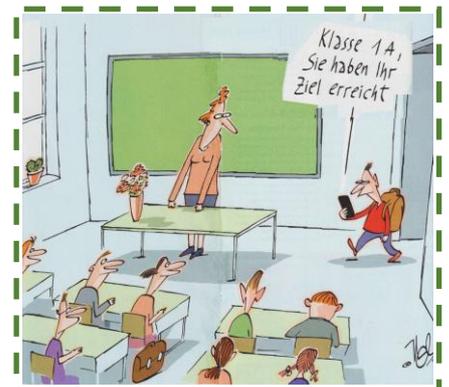
Zahnschmelz ist kein Brotaufstrich.

Noch niemals hat ein Steinmetz einen Zahnstein behauen.

Im Zahnbett findet man keine Nachtruhe.

Zahnräder werden von Zahnärzten nicht behandelt.

Zahnseide hat eine glatte Oberfläche, während Zahnbelag sich eher samtig anfühlt.



Digitale Revolution

Forscher behaupten, dass künstliche Intelligenz die Verwaltungsarbeit künftig stark verändern wird.

In manchen deutschen Behörden ist es dann vielleicht das erste Mal, dass dort überhaupt Intelligenz vorkommt.

Allgemein-Quizz

- 1.) **Anschrift**
- 2.) **Seekrankheit**
- 3.) **Bienenstock**
- 4.) **Schneeglöckchen**
- 5.) **Das Kapital**
- 6.) **Mahlzeiten**
- 7.) **Fingernagel**
- 8.) **M**
- 9.) **Zitrone**
- 10.) **Geigenspieler**

			2		5	4
5		2		9		
4			7	1		2
	3	6				
9		8			3	4
					7	6
	4		9	1		5
			7		2	1
	2	7		5		

Allgemein-Quizz 2

- 1.) Welches Hemd wird nach einem Buchstaben bezeichnet?
- 2.) Welches Hutmodell teilt mit einer Frucht den Namen?
- 3.) Wer hat zwei Flügel und kann nicht fliegen, noch spielen?
- 4.) Welches Winter-Schuhwerk trägt einen Planeten-Namen?
- 5.) Wer schwitzt um so mehr, je kälter es wird?
- 6.) Wie heißt das angeblich heißeste Frauenbekleidungsstück?
- 7.) Welcher Bart wird nie geschnitten?
- 8.) Welcher Schuhteil trägt den Namen eines Geldstückes?
- 9.) Welcher Schirm nützt bei Regen nichts?
- 10.) Welcher Badeanzug ist nach einem Atoll benannt?

Auflösung nächstes Blättle

Weisheiten von Königin Elisabeth II.



„Trauer ist der Preis, den wir für Liebe zahlen.“

„Schöne Erinnerungen sind eine zweite Gelegenheit zum glücklich sein.“

Eine ideale Ehefrau ist jede Frau, die den idealen Gatten hat.“

„Wir sollten uns nicht zu ernst nehmen. Keiner von uns hat ein Monopol auf die Weisheit.“

„Wir alle müssen ein Gleichgewicht finden zwischen Handeln und Nachdenken.“



Wünschen Vorstand und Beschäftigte des ALZ



Oskar sitzt im Biologie-Unterricht. Da fragt der Lehrer: „Welches ist das schlaueste Tier?“

Oskar meldet sich und sagt: „Das ist natürlich der Kuckuck. Der kann schließlich seinen eigenen Namen sagen“



Schild in einem Kölner Café